

Arbeitsakte

Akte: Wirtschaftsstrafsache Bankert — U-Haft, Betrug, Steuerhinterziehung, LG Frankfurt

wirtschaftsstrafsache-uhaft-bankert-frankfurt

Die ZIP-URL ist stabil und zeigt immer auf die aktuelle Version. Im Akten-ZIP ist das Gesamt-PDF mit enthalten.

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (4)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_aktenvorblatt_marx_strafverteidigung.md

Aktenvorblatt — Marx Strafverteidigung Frankfurt

Kanzlei: Marx Strafverteidigung Frankfurt

Anwältin: Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht

Anschrift: Bockenheimer Landstraße 84, 60323 Frankfurt am Main

Tel.: 069 / 44 55 66 70 **Fax:** 069 / 44 55 66 79

E-Mail: marx@marx-strafverteidigung.de

Mandatsdaten

Feld	Inhalt
Mandant	Daniel Albert Bankert, geb. 14.03.1979, StA deutsch
Anschrift Mandant	Westendstraße 112, 60325 Frankfurt am Main
Aufenthaltort	JVA Frankfurt I, Hammelsgasse 5, 60311 Frankfurt am Main (U-Haft seit 17.03.2025)
Aktenzeichen LG	**5/28 KLS 122/25**
Aktenzeichen StA	**5400 Js 14782/24**
Staatsanwaltschaft	Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, Abt. Wirtschaftskriminalität
Sachbearbeiterin StA	OStA Dr. Henning Wallisch (Sitzungsvertreter)
Gericht	Landgericht Frankfurt am Main, 14. Große Wirtschaftsstrafkammer
Mandatsannahme	20.03.2025
Stichtag dieser Akte	12.05.2025

Tatvorwürfe (Anklageschrift vom 08.04.2025)

§	Delikt	Schadenshöhe (vorläufig)
§ 263 Abs. 3 StGB	Gewerbsmäßiger Betrug (14 Fälle)	ca. 4.300.000 EUR
§ 266 StGB	Untreue (Gesellschaftermittel, Liechtenstein-Trust)	ca. 870.000 EUR
§ 334 StGB	Bestechung (drei Einkäufer ABC Großabnehmer SE)	—
§ 370 AO	Steuerhinterziehung (VZ 2019–2022)	ca. 1.100.000 EUR

Gesamt-Schadensvolumen gemäß Anklageschrift: **ca. 6.270.000 EUR**

Beteiligte

Rolle	Person / Institution
Beschuldigter / Mandant	Daniel Albert Bankert
Verteidigerin	Dr. Friederike Marx, Marx Strafverteidigung Frankfurt
Hauptbelastungszeuge 1	Sven Pollmann, Einkäufer ABC Großabnehmer SE
Hauptbelastungszeuge 2	Yvonne Kohlrausch, Buchhalterin Bankert Industrieautomation GmbH
Nebenklägerin	ABC Großabnehmer SE (vertr. durch RA Krämer, Krämer Hauck)
Mitbeschuldigter (eingest.)	Hartmut Geweke, Gesellschafter (§ 170 Abs. 2 StPO)
Gutachterin (Buchhaltung)	SV-Büro Tremblay & Partner, Frankfurt
Steuersachverständiger	Dipl.-Kfm. Rainer Ohlsen, öff. best. SV
Unternehmen des Mandanten	Bankert Industrieautomation GmbH, Hanauer Landstraße 204, 60314 Frankfurt am Main

Verfahrensstand (Stand: 12.05.2025)

Verfahrensschritt	Status
U-Haft-Beginn	17.03.2025 (Haftbefehl LG Frankfurt v. 14.03.2025)
Haftprüfungsantrag § 117 StPO	Eingereicht 08.05.2025; Entscheidung ausstehend
Haftbeschwerde § 304 StPO	Parallel eingereicht 09.05.2025
Akteneinsicht (14 Bände)	Vollständig erhalten 02.04.2025
Auswertung Akteneinsicht	Abgeschlossen; Widersprüche dokumentiert
Anklageschrift	Zugestellt 10.04.2025
Verständigungsangebot § 257c StPO	Erhalten 28.04.2025; in Bewertung
Hauptverhandlungsbeginn	23.06.2025 (14. Große Wirtschaftsstrafkammer LG Frankfurt)
Adäsionsantrag ABC SE	Eingang 05.05.2025; Schadenssumme 3.800.000 EUR

Kanzlei-Fristenübersicht (kritisch)

Frist	Datum	Erledigt
Stellungnahme Haftbeschwerde	16.05.2025	■
Antwort auf § 257c-Angebot	23.05.2025	■
Beweisantragsschrift HV	09.06.2025	■
Beginn Hauptverhandlung	23.06.2025	—

Bewertung Verteidigung (Dr. F. Marx, 12.05.2025)

Die Sach- und Rechtslage ist komplex. Kernproblem des Betrugsvorwurfs ist die Frage der tatsächlichen Täuschungshandlung und des Kausalzusammenhangs zwischen den behaupteten falschen Angaben in den Angebotsdokumenten der Bankert Industrieautomation GmbH und den Kaufentscheidungen der ABC Großabnehmer SE. Die Zeugenaussagen Pollmann und Kohlrausch weisen erhebliche innere Widersprüche auf (vgl. Aktenstück 06, 07).

Der Untreuevorwurf ist auf Grundlage der vorliegenden Akten wenig tragfähig; die Staatsanwaltschaft hat keine hinreichenden Belege für eine Pflichtwidrigkeit bei der Überweisung in den Liechtenstein-Trust vorgelegt (vgl. Treuhandvertrag, Anlage B14 der Akte).

Das Verständigungsangebot ist taktisch zu prüfen (vgl. Aktenstück 11).

Erstellt: Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — 12.05.2025

Datei: 02_haftbefehl_lg_frankfurt_28_ks_122_25.md

Haftbefehl — LG Frankfurt am Main — Az. 5/28 KLS 122/25

[AUSZUG — Originalfassung bei Gericht, dieses Exemplar Verteidigungskopie]

LANDGERICHT FRANKFURT AM MAIN

14. Große Wirtschaftsstrafkammer

Az.: 5/28 KLS 122/25 (verbunden mit StA-Az.: 5400 Js 14782/24)

HAFTBEFEHL

Erlassen am: 14. März 2025 Beschlossen durch: Vorsitzende Richterin am Landgericht Dr. Susanne Keller-Vogt, Richterin am Landgericht Monika Brandt, Richter am Landgericht Thilo Fassbender

I. Beschuldigter

Name: Bankert, Daniel Albert

geb.: 14.03.1979 in Frankfurt am Main

Staatsangehörigkeit: deutsch

Beruf: Geschäftsführer (GmbH)

Unternehmen: Bankert Industrieautomation GmbH, Hanauer Landstraße 204, 60314 Frankfurt am Main

Wohnschrift (bekannt): Westendstraße 112, 60325 Frankfurt am Main

Weitere Anschrift: ■■■■■■■■■■■■, Zürich, Schweiz (Ehefrau Zweite; Identität bekannt)

II. Tatvorwürfe

Der Beschuldigte ist dringend verdächtig, folgende Straftaten begangen zu haben:

Tat 1 — Gewerbsmäßiger Betrug, § 263 Abs. 1, Abs. 3 S. 2 Nr. 1 StGB: Der Beschuldigte soll im Zeitraum von Januar 2019 bis Dezember 2022 als Geschäftsführer der Bankert Industrieautomation GmbH bei der ABC Großabnehmer SE in 14 Einzelakten Angebote über Industriemaschinen und Automatisierungskomponenten eingereicht haben, in denen technische Leistungsparameter und Lieferbedingungen bewusst falsch angegeben wurden. Durch die hierauf basierenden Kaufverträge soll der ABC Großabnehmer SE ein Gesamtschaden von mindestens **4.300.000 EUR** entstanden sein. Die Tatausführung soll gewerbsmäßig im Sinne des § 263 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 StGB erfolgt sein.

Tat 2 — Untreue, § 266 Abs. 1 StGB: Der Beschuldigte soll als alleiniger Geschäftsführer der Bankert Industrieautomation GmbH im Zeitraum Oktober 2020 bis März 2022 Gesellschaftsmittel in Höhe von insgesamt mindestens **870.000 EUR** durch Überweisung an den ■■■■■■■■-Trust in Vaduz/Liechtenstein dem Gesellschaftsvermögen entzogen haben, ohne dass dem eine rechtswirksame Gesellschafterversammlung oder ein sonstiger rechtfertigender Beschluss zugrunde lag.

Tat 3 — Bestechung, § 334 Abs. 1 StGB: Der Beschuldigte soll im Zeitraum 2019–2022 an mindestens drei Einkäufer der ABC Großabnehmer SE — Sven Pollmann (Leiter Einkauf), ■■■■■■ ■■■■■■■■■■ und ■■■■■■■■ ■■■■■■ — Geldbeträge und Sachleistungen (Urlaubsreisen, Veranstaltungstickets) gewährt haben, um die bevorzugte Vergabe von Aufträgen an die Bankert Industrieautomation GmbH zu sichern.

Tat 4 — Steuerhinterziehung, § 370 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 S. 2 Nr. 1 AO: Der Beschuldigte soll für die Veranlagungszeiträume 2019 bis 2022 unrichtige Körperschaftssteuererklärungen und Umsatzsteuerjahreserklärungen der Bankert Industrieautomation GmbH beim zuständigen Finanzamt Frankfurt am Main IV eingereicht haben, in denen Betriebseinnahmen verkürzt und nicht abzugsfähige Bestechungszahlungen als Betriebsausgaben verbucht wurden. Verkürzter Steuerbetrag: mindestens **1.100.000 EUR** (KSt, GewSt, USt zusammen).

III. Haftgründe

Fluchtgefahr, § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO:

Zu befürchten ist, dass sich der Beschuldigte dem Verfahren durch Flucht entziehen wird. Hierfür sprechen folgende Umstände:

1. Der Beschuldigte unterhält seit 2018 eine eheliche Lebensgemeinschaft mit einer Schweizer Staatsbürgerin in Zürich; er besitzt einen gültigen deutschen Reisepass und verfügt über legale Einreise- und Aufenthaltsrechte in der Schweiz.
2. Auf Konten bei der ■■■■■■■■■■■■ AG, Liechtenstein, sowie bei der ■■■■■■■■ Bank, Luxemburg, befinden sich nach aktuellem Erkenntnisstand liquide Vermögenswerte von mindestens **2.100.000 EUR**,

die dem deutschen Vollstreckungszugriff derzeit nicht unterliegen.

3. Die bisherige Geschäftsführertätigkeit belegt, dass der Beschuldigte über internationale Beziehungen, Fremdsprachkenntnisse (Englisch, Französisch) und logistische Kompetenz zur Durchführung einer Flucht verfügt.

4. Die erhebliche Straferwartung (Betrug gewerbsmäßig, § 263 Abs. 3 StGB: Strafraum bis 10 Jahre Freiheitsstrafe; § 370 Abs. 3 AO besonders schwerer Fall) erhöht den Fluchtanreiz erheblich.

Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO (hilfsweise): Es bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Beschuldigte — in Freiheit belassen — auf Zeugen (insbesondere Mitarbeiter der GmbH sowie Kontakte zu den bestochenen Einkäufern) Einfluss zu nehmen versuchen würde.

IV. Verhältnismäßigkeit

Der Erlass des Haftbefehls ist verhältnismäßig. Mildere Mittel (§ 116 StPO) erscheinen angesichts der Auslandsvermögen und der engen Verbindung des Beschuldigten zur Schweiz nicht ausreichend, um den Haftzweck zu sichern. Auf die Erhebung einer Sicherheitsleistung wurde vorläufig verzichtet, da Höhe und Liquidierbarkeit der Auslandsvermögen noch nicht vollständig ermittelt sind.

V. Vollzug

Der Haftbefehl ist zu vollziehen. Der Beschuldigte ist unverzüglich in die **Justizvollzugsanstalt Frankfurt I, Hammelsgrasse 5, 60311 Frankfurt am Main** einzuliefern.

Frankfurt am Main, 14. März 2025

Dr. Susanne Keller-Vogt Vorsitzende Richterin am Landgericht — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer —

(Siegel — im Auszug nicht wiedergegeben)

[Ende Auszug — redigierte Fassung für Verteidigungsakte, erstellt gemäß § 147 StPO]

Originalaktenzeichen: 5/28 KLs 122/25 — StA-Az.: 5400 Js 14782/24

Datei: 03_anklageschrift_staatsanwaltschaft_auszug.md

Anklageschrift — Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main — Auszug

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Abteilung Wirtschaftskriminalität Az.: **5400 Js 14782/24** OStA Dr. Henning Wallisch Frankfurt am Main, 08. April 2025

AN DAS

Landgericht Frankfurt am Main — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer — Gerichtsstraße 2 60313 Frankfurt am Main

ANKLAGESCHRIFT

In dem Ermittlungsverfahren gegen

Gesellschafterversammlung für diese Zahlungen existiert nach dem Ermittlungsergebnis nicht. Der Angeschuldigte ist Alleingeschäftsführer; Mitgesellschafter Hartmut Geweke (Anteil: 49 %) wurde nach seinen eigenen Angaben von den Überweisungen nicht in Kenntnis gesetzt.

Der vorgelegte Treuhandvertrag (Anlage B14 der Verteidigung) ist nach Einschätzung des Sachverständigenbüros Tremblay & Partner nachträglich erstellt worden (Gutachten Schriftvergleich, Bd. XII, Bl. 2490–2512).

III. Tatvorwurf Bestechung (§ 334 StGB)

Der Angeschuldigte soll an mindestens drei Einkäufer der ABC SE Vorteile gewährt haben, um bevorzugte Auftragsvergabe zu sichern:

- Sven Pollmann: Barzahlungen von insgesamt 68.000 EUR (dokumentiert durch aufgefundene Zahlungsbelege, Bd. VII) sowie Gewährung einer Flugreise nach Dubai im Februar 2021.
- ■■■■■■ ■■■■■■: Eintrittskarten Bundesliga-Loge im Gesamtwert von ca. 12.400 EUR.
- ■■■■■■ ■■■■■: Barzahlung 18.000 EUR (2022).

IV. Tatvorwurf Steuerhinterziehung (§ 370 AO)

Für die Veranlagungszeiträume 2019 bis 2022 soll der Angeschuldigte unrichtige Steuererklärungen der BIA GmbH beim Finanzamt Frankfurt am Main IV abgegeben haben:

- Verkürzung Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag: ca. 560.000 EUR
- Verkürzung Gewerbesteuer: ca. 190.000 EUR
- Verkürzung Umsatzsteuer: ca. 350.000 EUR

Gesamt: ca. **1.100.000 EUR**

Die verkürzten Beträge resultieren teils aus nicht deklarierten Zuflüssen, teils aus dem Abzug der Bestechungszahlungen als angebliche Betriebsausgaben.

C. Strafanträge der Staatsanwaltschaft (Orientierung)

Die Staatsanwaltschaft geht von einer Gesamtfreiheitsstrafe im **oberen Bereich** des Strafrahmens aus. Ein gesonderter förmlicher Strafantrag wird in der Hauptverhandlung gestellt. Eine Verständigung gemäß § 257c StPO wird als möglich erachtet (vgl. Schreiben StA an Verteidigung vom 28.04.2025).

D. Beweismittel

Auf die Beweismittelliste (Anlage I zur Anklageschrift, Bd. I, Bl. 1–18) wird verwiesen. Wesentliche Beweismittel:

- Zeugenaussagen Pollmann, Kohlrausch, Geweke, sowie 8 weitere Zeugen (Mitarbeiter BIA, Einkäufer ABC)
- Sachverständigengutachten Tremblay & Partner (Schadensberechnung, Schriftvergleich)
- Gutachten Ohlsen (Steuerberechnung)
- Kontoauszüge BIA GmbH (Deutsche Bank Frankfurt), sichergestellt im Rahmen der Durchsuchung vom 11.03.2025
- Geschäftsunterlagen BIA GmbH (14 Liefer- und Wartungsverträge)
- Digitale Beweismittel (E-Mail-Korrespondenz, sichergestellt bei Durchsuchung)

Frankfurt am Main, 08. April 2025

[Auszug für Verteidigungsakte — vollständige Anklageschrift bei Gericht und StA-Handakte; Az. 5400 Js 14782/24]

Datei: 04_kanzleinotiz_haftbesuch_jva_frankfurt_i.md

Kanzleinotiz — Haftbesuch JVA Frankfurt I

Marx Strafverteidigung Frankfurt

Vertraulich — Anwaltsgeheimnis § 53 StPO

Datum des Besuchs: Montag, 28. April 2025, 10:15–12:40 Uhr

Ort: JVA Frankfurt I, Besuchsraum Anwalt B-07 (Trennscheibe, kein Mithören)

Anwesend Verteidigung: Dr. Friederike Marx

Anwesend Mandant: Daniel Albert Bankert, Haftraum C 3.12

Notiert von: Dr. F. Marx (Diktat, redigiert am 28.04.2025, 15:30 Uhr)

1. Gesundheitszustand des Mandanten

Herr Bankert macht einen angespannten, aber geistig klaren Eindruck. Er berichtet von Schlafproblemen in den ersten drei Wochen, die nach ärztlicher Behandlung (Melatonin) besser geworden seien. Er lehnt Psychopharmaka ab. Körperlich ist er in gutem Zustand. Er fragt ausdrücklich, ob seine Ehefrau (Zürich) von der Staatsanwaltschaft kontaktiert wurde. Ich habe erklärt, dass dies grundsätzlich möglich ist, aber keinerlei Auskunftspflicht der Ehefrau besteht (§ 52 StPO).

2. Sachverhaltsdarstellung Mandant zu den Betrugsvorwürfen

Herr Bankert bestreitet den Betrugsvorwurf kategorisch. Er schildert folgendes:

Die Lieferverträge mit ABC SE seien auf Grundlage korrekter technischer Daten geschlossen worden. Zwar habe er bei einigen Lieferungen Geräte aus der Überarbeitung (sog. „Remanufactured“) verwendet, jedoch seien diese ausdrücklich als solche in den internen Lieferscheinen gekennzeichnet gewesen. Er vermutet, dass Yvonne Kohlrausch die Dokumentation nachträglich geändert hat oder dass die Unterlagen bei der Durchsuchung unvollständig sichergestellt wurden.

Auf meine Frage nach dem Zeugen Pollmann antwortet Bankert: „Pollmann hat selbst von den Remanufactured-Anlagen gewusst — wir haben das im Januar 2020 persönlich in Frankfurt besprochen. Er hat mir damals gesagt: 'Hauptsache, die Maschinen laufen.' Das war eine mündliche Absprache, die nirgendwo dokumentiert ist.“ Diese Einlassung ist strategisch bedeutsam und wird in der Hauptverhandlung zu prüfen sein.

3. Untreuevorwurf — Liechtenstein-Trust

Herr Bankert erklärt, der Transfer von 870.000 EUR in den ■■■■■-Trust sei durch einen Treuhandvertrag gedeckt, der vor der ersten Überweisung abgeschlossen worden sei. Er weist auf Anlage

B14 (bei Verteidigung vorliegend) hin und betont, Hartmut Geweke habe dem mündlich zugestimmt, da er — Geweke — selbst Nutznießer des Trust-Konstrukts sei. Er wird aufgefordert, alle E-Mails mit Geweke aus dem Jahr 2020 zu nennen; er gibt an, diese auf seinem privaten Laptop gespeichert gehabt zu haben, der bei der Durchsuchung sichergestellt wurde. Ich kündige an, auf Herausgabe der Daten zu dringen (§ 148 StPO, § 97 StPO).

Merke: Treuhandvertrag Anlage B14 muss auf Authentizität geprüft werden — Zweifel des Sachverständigen Tremblay sind ernst zu nehmen. Gespräch mit unabhängigem Schriftsachverständigen aufnehmen.

4. Bestechungsvorwurf

Bankert räumt ein, dass er Pollmann „gelegentlich bewirtet“ habe, bestreitet aber Barzahlungen. Die angeblichen Zahlungsbelege (Bd. VII) sollen aus einer „Schwarzen Kasse“ von Hartmut Geweke stammen, die er — Bankert — nicht kontrolliert habe. Dieser Vortrag ist schwach, wird aber aufgenommen. Strategie: Zweifel an der Herkunft der Belege wecken, Beweisantrag auf Bankauskunft Geweke.

5. Steuerhinterziehung

Bankert bestreitet auch diesen Vorwurf. Er gibt an, die Steuererklärungen seien stets von seinem Steuerberater (Dipl.-Kfm. Bruns, Frankfurt) erstellt worden; er habe lediglich unterschrieben. Ob Bestechungszahlungen als Betriebsausgaben deklariert wurden, sei ihm nicht bekannt. Steuerberater Bruns ist zu befragen; Mandatsverhältnis klären.

6. Haftbedingungen

Bankert beklagt, dass ihm der Zugang zu Fachzeitschriften (Automatisierungstechnik) und einem Laptop (unvernetzt) zur Vorbereitung seiner Verteidigung verweigert wurde. Ich werde einen entsprechenden Antrag nach § 148 StPO an die Kammer stellen.

Bankert hat außerdem mitgeteilt, dass ein Mitgefangener (Zellengenosse bis vor 10 Tagen) ihn über das Verfahren befragt habe. Ich weise ihn eindringlich an, mit niemandem in der JVA über den Fall zu sprechen. **V-Mann-Verdacht prüfen** (Notiz: Vollzugsplan des Mitgefangenen via Akteneinsicht erfragen).

7. Verständigung § 257c StPO

Ich habe Bankert das Verständigungsangebot der Staatsanwaltschaft (vgl. Aktenstück 11) erläutert:

- Geständnis zu Betrug (alle 14 Fälle) und Steuerhinterziehung
- Einstellung des Untreue- und Bestechungsvorwurfs gemäß § 154 StPO
- Gesamtstrafe: 3 Jahre 9 Monate Freiheitsstrafe

Bankerts erste Reaktion: ablehnend. Er will keine Strafe von über 3 Jahren akzeptieren, weil dies seinen Ruf endgültig zerstöre. Ich erkläre, dass die Verhandlungsposition der Verteidigung durch die Widersprüche in den Zeugenaussagen gestärkt ist. Ich empfehle, die Entscheidung bis zum 23.05.2025 zu vertagen.

8. Haftbeschwerde

Bankert besteht auf sofortiger Haftbeschwerde. Er gibt an, in der JVA sei die Führung des Unternehmens nicht möglich; Bankert Industriautomation GmbH drohe Insolvenz (vgl. Aktenstück hierzu). Ich erkläre, dass die Haftbeschwerde bereits eingereicht ist (09.05.2025).

9. Nächste Schritte (intern)

- [] Schriftverständigengutachten Anlage B14 besorgen
- [] Steuerberater Bruns befragen (§ 53 StPO Zeugnisverweigerungsrecht klären)
- [] V-Mann-Verdacht Zellengenosse prüfen
- [] Antrag nach § 148 StPO (Laptop/Fachzeitschriften) stellen
- [] Antwort auf § 257c-Angebot vorbereiten (Frist 23.05.2025)

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt

Notiz erstellt: 28.04.2025 — Vertraulich, nur für interne Verwendung

Az.: 5/28 KLS 122/25 / 5400 Js 14782/24

Datei: 05_akteneinsichts_antrag_marx.md

Antrag auf Akteneinsicht — Dr. Friederike Marx an Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer Landstraße 84 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069 / 44 55 66 70 marx@marx-strafverteidigung.de

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main — Abt. Wirtschaftskriminalität — z.Hd. OStA Dr. Henning Wallisch Konrad-Adenauer-Straße 20 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, **25. März 2025**

Az. Staatsanwaltschaft: 5400 Js 14782/24

Az. Verteidigung: 2025-B-0047

Antrag auf vollständige Akteneinsicht gemäß § 147 StPO

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Dr. Wallisch,

ich zeige an, dass ich die Strafverteidigung des Beschuldigten **Daniel Albert Bankert** in dem o.g. Verfahren übernommen habe. Eine Kopie der Vollmacht liegt diesem Schreiben als Anlage 1 bei.

I. Antragsinhalt

Ich beantrage gemäß **§ 147 Abs. 1 StPO** Einsicht in sämtliche Akten, die dem Gericht vorliegen oder im Falle der Anklageerhebung vorzulegen sein werden, einschließlich der Beiakten, Asservaten-Verzeichnisse und sichergestellten Datenträger. Dies umfasst ausdrücklich:

1. Alle Ermittlungsberichte und Vernehmungsprotokolle (Beschuldigte, Zeugen, Sachverständige),

2. Alle Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokolle sowie Verzeichnisse der sichergestellten Gegenstände und digitalen Datenträger,
3. Sämtliche Sachverständigengutachten und Zwischengutachten,
4. Alle behördlichen Schreiben, Telefonüberwachungsprotokolle und richterliche Anordnungen,
5. Die vollständige Finanzermittlungsakte (soweit geführt),
6. Steuerfahndungsberichte und Kommunikation mit Finanzbehörden,
7. Alle Beiakten aus Rechtshilfeersuchen (Liechtenstein, Luxemburg, Schweiz),
8. Korrespondenz mit der Nebenklägerin ABC Großabnehmer SE und deren Prozessbevollmächtigten.

II. Begründung

Mein Mandant befindet sich seit dem 17.03.2025 in Untersuchungshaft. Die Prüfung der Haftvoraussetzungen sowie die Vorbereitung einer Haftbeschwerde gemäß §§ 304, 117 StPO setzen voraus, dass die Verteidigung vollständige Kenntnis des Aktenstands hat. Gemäß der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss vom 11.07.1994 — 2 BvR 777/94; BVerfG, Beschluss vom 14.07.2015 — 2 BvR 1039/15) ist das Recht auf Akteneinsicht ein wesentlicher Bestandteil des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) und des fairen Verfahrens (Art. 6 Abs. 3 lit. b EMRK).

Eine Beschränkung der Akteneinsicht gemäß § 147 Abs. 2 StPO kommt nach dem derzeitigen Verfahrensstand nicht in Betracht. Das Ermittlungsverfahren ist abgeschlossen; der Beschuldigte befindet sich in Untersuchungshaft. Gründe für eine Versagung der Akteneinsicht sind weder vorgetragen noch ersichtlich.

III. Modalitäten

Ich bitte um Übersendung der Akten (soweit möglich in digitaler Form als PDF-Datei auf Datenträger) an die Kanzleianschrift. Für den Fall, dass ausschließlich Papierakten geführt werden, bitte ich um einen Einsichtstermin in den Kanzleiräumen der Staatsanwaltschaft. Das anfallende Kopierentgelt (§ 7 JVEG) wird übernommen.

IV. Bitte um Mitteilung

Ich bitte um kurzfristige Bestätigung des Eingangs dieses Antrags sowie um Mitteilung, bis wann die Akteneinsicht gewährt werden kann. Für Rückfragen stehe ich jederzeit telefonisch und per E-Mail zur Verfügung.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Marx Strafverteidigung Frankfurt

Anlagen:

- Anlage 1: Vollmacht des Beschuldigten Daniel Albert Bankert vom 20.03.2025
- Anlage 2: Bestätigungsschreiben Kanzlei über Mandatsannahme

Az. LG Frankfurt: 5/28 KLS 122/25 — Az. StA: 5400 Js 14782/24

[Intern: Ergebnis der Akteneinsicht]

Die Akteneinsicht wurde vollständig gewährt mit Schreiben der Staatsanwaltschaft vom 01.04.2025; 14 Bände (digitale Übermittlung) wurden am 02.04.2025 empfangen. Die Auswertung erfolgte durch Dr. Marx gemeinsam mit dem Wirtschaftsrechtlichen Berater der Kanzlei (Dipl.-Kfm. Olaf Strenger) im Zeitraum

Auswertung Zeugenaussage Sven Pollmann — Widersprüche und Verteidigungsrelevanz

Marx Strafverteidigung Frankfurt

Vertraulich — Anwaltsgeheimnis § 53 StPO Erstellt von: Dr. Friederike Marx / Dipl.-Kfm. O. Strenger
Datum: 22. April 2025 Az.: 5/28 KLS 122/25 / 5400 Js 14782/24

1. Vorbemerkung

Sven Pollmann (geb. 04.07.1971, wohnhaft ■■■■■■, Frankfurt am Main) war bis Dezember 2022 Leiter Einkauf der ABC Großabnehmer SE. Er gilt als der zentrale Belastungszeuge des Betrugs- und Bestechungsvorwurfs. Die Staatsanwaltschaft stützt die Anklage in wesentlichen Teilen auf seine Aussagen.

Pollmann wurde im Rahmen des Ermittlungsverfahrens dreimal vernommen:

- **Erstvernehmung:** 12. September 2024, Kriminalpolizei Frankfurt, Bd. IV, Bl. 712–748 (nachfolgend: V1)
- **Zweitvernehmung:** 14. November 2024, StA Frankfurt, Bd. VIII, Bl. 1620–1649 (nachfolgend: V2)
- **Konfrontationsvernehmung (Kohlrausch):** 19. Januar 2025, StA Frankfurt, Bd. XII, Bl. 2514–2538 (nachfolgend: V3)

2. Dokumentierte Widersprüche

Widerspruch 1: Kenntnis über Remanufactured-Anlagen

V1, Bl. 731: „Ich habe zu keinem Zeitpunkt gewusst, dass die gelieferten Anlagen überarbeitete Gebrauchtmaschinen sein könnten. Die Unterlagen des Lieferanten haben stets Neuware ausgewiesen.“

V2, Bl. 1633: „Ja, es gab ein Gespräch im Januar 2020 in Frankfurt, bei dem Bankert sinngemäß gesagt hat, dass er gelegentlich günstigere Beschaffungswege nutze. Ich habe das damals nicht weiter hinterfragt.“

Bewertung: Pollmann räumt in V2 ein, dass ein Gespräch stattfand, in dem Bankert auf alternative Beschaffungswege hingewiesen hat. Dies widerspricht seiner Aussage in V1, er habe „zu keinem Zeitpunkt“ von abweichenden Bezugsquellen gewusst. Die Verteidigung wird in der Hauptverhandlung auf diesen Widerspruch hinweisen und beantragen, Pollmann dazu erneut zu befragen. Dieser Widerspruch ist geeignet, die Glaubwürdigkeit des Zeugen erheblich zu erschüttern und den Kausalzusammenhang zwischen Täuschung und Vermögensverfügung infrage zu stellen.

Rechtlicher Ansatz: Wenn Pollmann von der „Beschaffungsweise“ wusste oder wissen musste, fehlt es am für § 263 StGB erforderlichen Irrtum des Verfügenden; der Betrugsvorwurf trägt in diesen Fällen nicht (vgl. BGH, Urteil vom 15.12.2006 — 5 StR 181/06, BGHSt 51, 165; BGH, Beschluss vom 18.06.2014 — 1 StR 668/13).

Widerspruch 2: Empfang von Vorteilen

V1, Bl. 739: „Ich habe von Bankert oder von der Bankert Industrieautomation GmbH keinerlei Vorteile erhalten. Bewirtungen im normalen geschäftlichen Rahmen sind selbstverständlich, aber das übersteigt nie die Grenze des Üblichen.“

V2, Bl. 1641: Auf Vorhalt der aufgefundenen Zahlungsbelege (Bd. VII): „Ich kann diese Zahlungen nicht erklären. Ich weiß, dass ich einmal gemeinsam mit Bankert in Dubai war, aber das war eine eigene private Reise. Ich habe meinen Anteil selbst bezahlt.“ (Keine Belege hierfür vorgelegt.)

V3, Bl. 2521: „Die Dubai-Reise wurde von der Bankert GmbH bezahlt, ja. Aber ich dachte, das sei ein legitimes Kundenbeziehungsmanagement.“

Bewertung: In V1 bestreitet Pollmann jeglichen Vorteilsempfang, in V3 räumt er ihn ein — qualifiziert ihn aber als „legitim“. Dies ist ein klassischer Widerspruch, der die Glaubwürdigkeit des Zeugen erheblich beschädigt. Zudem gibt die Aussage Anlass, die Strafbarkeit des Pollmann nach § 299 Abs. 1 StGB (Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr) zu prüfen — ein Aspekt, der seine Motivation für belastende Aussagen beeinflusst.

Rechtlicher Ansatz: Die Verteidigung wird in der HV beantragen, Pollmann über seine Eigeninteressen im Verfahren zu befragen und auf die mögliche Strafbarkeit nach § 299 StGB hinzuweisen. Nach §§ 55, 60 Nr. 3 StPO besteht für ihn ein Auskunftsverweigerungsrecht; auf dieses ist er bei Bedarf hinzuweisen.

Widerspruch 3: Inhalte der Vertragsverhandlungen

V1, Bl. 724–726: Pollmann beschreibt ausführlich, wie er bei Vertragsschluss stets auf die Vorlage der CE-Konformitätserklärungen und Herstellerzertifikate bestanden habe und diese ihm stets vollständig übergeben worden seien.

V2, Bl. 1628: Auf Frage nach der Prüfung der Zertifikate erklärt Pollmann: „In der Praxis wird das selten im Detail geprüft. Die Einkaufsabteilung verlässt sich auf die mitgelieferten Unterlagen.“ Er gibt weiter an, dass ein interner Prüfvermerk für Anlagen über 150.000 EUR erforderlich war, der in vier der 14 Fälle fehlt.

Bewertung: Pollmanns Aussage, er habe stets auf vollständige Zertifikate bestanden, steht im Widerspruch zu seiner späteren Einräumung, dass eine Inhaltsprüfung „in der Praxis“ kaum stattfand und interne Prüfpflichten verletzt wurden. Dieser Umstand könnte ein Mitverschulden der ABC SE begründen, das im Adäsionsverfahren relevant ist, und lässt Zweifel an der vollständigen Kausalität der behaupteten Täuschung entstehen.

Widerspruch 4: Zeitlicher Ablauf der Entdeckung

V1, Bl. 744: Pollmann gibt an, die Manipulationen an den Liefersdokumenten seien „im Rahmen einer internen Revision im März 2023“ entdeckt worden.

V2, Bl. 1645: Auf Vorhalt eines E-Mail-Ausdrucks (Anlage P-7, Bd. VII, Bl. 1312): „Diese E-Mail vom November 2022 zeigt, dass interne Mitarbeiter der ABC SE schon vor der Revision Verdacht hatten.“

Bewertung: Wenn Verdachtsmomente bereits im November 2022 vorlagen, stellt sich die Frage, weshalb die ABC SE die Lieferbeziehung noch bis Dezember 2022 fortsetzte. Dies könnte die Adäquanz des Schadens der letzten ein bis zwei Vertragsschlüsse infrage stellen.

3. Gesamtbewertung

Die Widersprüche in den Aussagen Pollmanns sind erheblich und betreffen Kernelemente des Betrugs- und Bestechungsvorwurfs:

- Irrtum (§ 263 StGB): erhebliche Zweifel

- Kausalität Täuschung → Vermögensverfügung: zweifelhaft in mehreren Tatkomplexen
- Glaubwürdigkeit des Zeugen: stark erschüttert

Empfehlung: Beweisantrag auf erneute Vernehmung Pollmanns in der Hauptverhandlung, verbunden mit dem Antrag auf Konfrontation mit den dokumentierten Widersprüchen (§ 238 Abs. 2 StPO i.V.m. § 69 StPO). Ggf. Antrag auf Einholung eines Glaubwürdigkeitsgutachtens prüfen.

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLS 122/25

Datei: 07_zeugenaussage_kohlrausch_widersprueche.md

Auswertung Zeugenaussage Yvonne Kohlrausch — Widersprüche und Verteidigungsrelevanz

Marx Strafverteidigung Frankfurt

Vertraulich — Anwaltsgeheimnis § 53 StPO Erstellt von: Dr. Friederike Marx / Dipl.-Kfm. O. Strenger
Datum: 24. April 2025 Az.: 5/28 KLS 122/25 / 5400 Js 14782/24

1. Vorbemerkung

Yvonne Kohlrausch (geb. 23.02.1983, wohnhaft ■■■■■■■■, Frankfurt am Main) war von März 2018 bis Oktober 2023 als kaufmännische Leiterin und Buchhalterin der Bankert Industrieautomation GmbH tätig. Sie wurde nach eigenen Angaben im Oktober 2023 betriebsbedingt gekündigt; nach Darstellung des Mandanten wurde sie wegen Unregelmäßigkeiten in der Buchhaltung freigestellt. Dieser Hintergrund ist für die Bewertung ihrer Aussagen von erheblicher Bedeutung.

Kohlrausch wurde im Ermittlungsverfahren zweimal vernommen:

- **Erstvernehmung:** 18. Oktober 2024, Kriminalpolizei Frankfurt, Bd. VI, Bl. 1088–1134 (V1)
- **Konfrontationsvernehmung (mit Pollmann anwesend):** 19. Januar 2025, StA Frankfurt, Bd. XII, Bl. 2514–2538 (V2)

2. Dokumentierte Widersprüche

Widerspruch 1: Weisung zur Dokumentenänderung

V1, Bl. 1102: „Herr Bankert hat mir persönlich angewiesen, in den Lieferscheinen die Bezeichnung 'Remanufactured' durch 'Neuware Typ A' zu ersetzen. Das hat er mir so mindestens zehnmal gesagt, zuletzt im September 2021.“

V2, Bl. 2518: „Nun, es war nicht immer eine ausdrückliche Weisung. Manchmal wurden mir die Vorlagen von Herrn Bankert übergeben, die schon die Bezeichnung 'Neuware' enthielten. Ob er die selbst geändert hat oder ob das schon so aus dem Einkauf kam, kann ich nicht sagen.“

Bewertung: In V1 behauptet Kohlrausch, sie habe ausdrückliche mündliche Weisungen erhalten, die Bezeichnungen zu ändern. In V2 relativiert sie dies dahingehend, dass die Dokumente möglicherweise bereits verändert zu ihr kamen. Dieser Widerspruch ist fundamental: Die Anklage stützt sich wesentlich auf ihre Aussage in V1 als Beleg für das täterschaftliche Handeln des Mandanten. Die in V2 geäußerte Unsicherheit untergräbt diesen Tatnachweis erheblich.

Rechtlicher Ansatz: In der Hauptverhandlung wird zu beantragen sein, die Zeugin zu beiden Vernehmungsversionen zu befragen und auf die Divergenz hinzuweisen. Zudem ist zu prüfen, ob Kohlrausch möglicherweise selbst an den Dokumentenmanipulationen mitgewirkt hat und damit ein eigenes Tatinteresse hat, Bankert zu belasten (§ 60 Nr. 3 StPO).

Widerspruch 2: Kenntnis der Liechtenstein-Überweisungen

V1, Bl. 1117: „Ich habe die Überweisungen in den Trust nach Liechtenstein immer mit Unwohlsein ausgeführt, aber Herr Bankert hat mir gesagt, das sei rechtlich in Ordnung und durch einen Gesellschafterbeschluss gedeckt.“

V2, Bl. 2524: Auf Vorhalt, dass kein Gesellschafterbeschluss gefunden wurde: „Es gab tatsächlich eine Besprechung, ich glaube im September 2020, bei der auch Herr Geweke anwesend war. Was dabei genau beschlossen wurde, weiß ich nicht. Ich bin davon ausgegangen, dass das in Ordnung ist.“

Bewertung: Kohlrausch bestätigt in V2 das Vorhandensein einer Besprechung mit Gesellschafter Geweke vor den ersten Überweisungen. Dies stützt die Einlassung des Mandanten, wonach Geweke mündlich zugestimmt hatte. Der Widerspruch liegt darin, dass Kohlrausch in V1 suggeriert, Bankert allein habe die Weisungen gegeben, während sie in V2 Geweke als Teilnehmer einer relevanten Besprechung nennt.

Rechtlicher Ansatz: Antrag auf Vernehmung Geweke zu dieser Besprechung (§ 244 Abs. 2 StPO); Antrag auf Vorlage der Einladungsunterlagen für die Besprechung (Outlook-Kalender Kohlrausch, sichergestellt bei Durchsuchung).

Widerspruch 3: Kenntnis der Bestechungszahlungen

V1, Bl. 1124: „Ich wusste, dass Herr Bankert Pollmann Geschenke und Geld gegeben hat. Er hat mir einmal gesagt: 'Das ist Vertrieb, das läuft anders.' Ich habe nie selbst Geld übergeben.“

V2, Bl. 2531: „Ob es Bargeld war oder Sachleistungen, kann ich nicht sagen. Ich habe Zahlungsbelege gesehen, die als 'Repräsentationskosten' verbucht waren. Ob das wirklich für Pollmann war oder für andere Geschäftszwecke, weiß ich nicht sicher.“

Bewertung: In V1 behauptet Kohlrausch Wissen über konkrete Geldzahlungen an Pollmann; in V2 relativiert sie auf allgemeine „Repräsentationskosten“ und schließt nicht aus, dass die Verbuchung anderen Zwecken diene. Dieser Rückzug ist für die Verteidigung günstig: Die Anklage braucht konkrete Belege, nicht Spekulationen über Buchungszeilen.

Widerspruch 4: Kündigungsumstände und Motivation

V1, Bl. 1130–1131: Kohlrausch gibt an, ihr sei „betriebsbedingt“ gekündigt worden und sie habe keine persönlichen Konflikte mit Bankert gehabt.

Aus der Akte, Bd. IX, Bl. 1880: Aufgefundene E-Mail Kohlrausch an Bankert vom 15.09.2023 (vor der Kündigung): „...wenn Sie meine Sonderleistungen für die Überweisungen nach Liechtenstein weiter in Anspruch nehmen, erwarte ich eine angemessene Vergütung. Ich habe die Unterlagen gesichert.“

Bewertung: Diese E-Mail — die die Verteidigung im Rahmen der Akteneinsicht entdeckt hat — legt nahe, dass Kohlrausch Kenntnis von potenziell strafbaren Handlungen hatte und diese als Druckmittel einsetzte. Die Frage ihrer eigenen Strafbarkeit nach § 370 AO (Beihilfe) und § 253 StGB (Erpressung) stellt sich. Die in V1 behauptete Konfliktneutralität ist schlicht unwahr.

Rechtlicher Ansatz: Einführung der E-Mail (Bd. IX, Bl. 1880) als Beweisstück in der HV; Befragung Kohlrausch zu ihrer Motivation; Antrag auf Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht (§ 55 StPO) hinsichtlich eigener Strafbarkeit.

3. Motivlage der Zeugin

Kohlrausch hat nach allem, was die Akten ergeben, ein eigenes Interesse daran, Bankert zu belasten:

- Sie wurde faktisch freigestellt, nicht „betriebsbedingt“ entlassen.
- Sie hat offensichtlich selbst Unterlagen gesichert und damit zumindest Vorbereitungshandlungen unternommen, die auf eine geplante Kooperation mit der Staatsanwaltschaft hindeuten.
- Die E-Mail vom 15.09.2023 legt eine Erpressungssituation nahe.

Diese Motivlage ist dem Gericht in der Hauptverhandlung im Wege der Beweisführung und des rechtlichen Vortrags zu unterbreiten.

4. Gesamtbewertung

Kohlrausch ist eine Zeugin mit erheblichen Glaubwürdigkeitsdefiziten. Ihre Aussagen sind in mehreren Kernpunkten intern widersprüchlich und lassen sich mit dem Akteninhalt (E-Mail Bd. IX) nicht in Einklang bringen. Die Verteidigung kann im Rahmen der Hauptverhandlung durch gezielte Befragung erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit ihrer Bekundungen wecken.

Empfehlung: Beweisantrag auf Einholung eines psychologischen Glaubwürdigkeitsgutachtens erwägen. Konfrontation mit E-Mail sorgfältig vorbereiten (Überraschungsmoment).

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLS 122/25

Datei: 08_beweisantrag_sachverstaendiger_maschinenbewertung.md

Beweisantrag — Einholung Sachverständigengutachten Maschinenbewertung

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer Landstraße 84, 60323 Frankfurt am Main

An das

Landgericht Frankfurt am Main — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer — Gerichtsstraße 2 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, **02. Juni 2025**

Az.: 5/28 KLS 122/25

In der Strafsache gegen Daniel Albert Bankert

BEWEISANTRAG

Namens und im Auftrag des Angeklagten **Daniel Albert Bankert** beantrage ich,

in der Hauptverhandlung ein **Sachverständigengutachten** eines unabhängigen, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Maschinenbewertung / Investitionsgüter zum Beweis der folgenden Tatsachen einzuholen:

Beweisthema

1. Marktwert der gelieferten Anlagen zum Zeitpunkt der jeweiligen Lieferung

Der von der Staatsanwaltschaft angenommene Schaden in Höhe von 4.300.000 EUR beruht ausschließlich auf dem Gutachten des Sachverständigenbüros Tremblay & Partner (Bd. XI, Bl. 2140–2368). Beweis für folgende Tatsachen soll erhoben werden:

> *Die von der Bankert Industrieautomation GmbH an die ABC Großabnehmer SE in den Jahren 2019 bis 2022 im Rahmen der 14 Verträge gelieferten Industrieanlagen (Automatisierungskomponenten, Liste gemäß Anlagenverzeichnis der Anklageschrift) hatten zum jeweiligen Lieferzeitpunkt einen Marktwert, der den vereinbarten Kaufpreis um nicht mehr als 10 Prozent unterschritt.*

2. Funktionsfähigkeit und tatsächlicher Nutzwert der gelieferten Anlagen

> *Die gelieferten Anlagen wiesen zum Zeitpunkt der Lieferung eine Funktionsfähigkeit auf, die mit der in den Angeboten beschriebenen technischen Leistung weitgehend übereinstimmte. Etwaige Abweichungen führten bei sachgerechtem Betrieb nicht zu einem Minderwert, der den jeweils vereinbarten Kaufpreis erheblich übersteigt.*

3. Üblichkeit von Remanufactured-Anlagen im Markt für Industrieautomation

> *Im Markt für Industrieautomation und Robotertechnik ist der Einsatz von sog. „Remanufactured“- oder „Refurbished“-Anlagen in der mittelständischen Fertigungsindustrie gängige Praxis. Solche Anlagen werden zu Marktpreisen angeboten und erbringen typischerweise Leistungen, die denen von Neuanlagen vergleichbar sind. Eine pauschale Gleichsetzung von „Remanufactured“ mit „minderwertig“ widerspricht dem Stand der Branche.*

Begründung

I. Mängel des Gutachtens Tremblay & Partner

Das Gutachten des Sachverständigenbüros Tremblay & Partner, auf das die Anklage den Schadensbetrag von 4.300.000 EUR stützt, weist nach Einschätzung der Verteidigung erhebliche methodische Mängel auf:

a) Fehlende Berücksichtigung des Gebrauchtwertmarkts: Das Gutachten geht pauschal vom Neupreis als Vergleichsgröße aus und setzt die gelieferten Anlagen vollständig als wertlos an, soweit sie als Remanufactured-Ware identifiziert wurden. Diese Methodik entspricht nicht den Grundsätzen der Maschinenbewertung nach IDW S1 bzw. den einschlägigen VDMA-Leitlinien. Eine korrekte Bewertung müsste den tatsächlichen Gebrauchtwert der gelieferten Anlagen zum Lieferzeitpunkt ermitteln.

b) Keine Berücksichtigung der tatsächlichen Nutzung: Mehrere der gelieferten Anlagen wurden von der ABC SE nach eigenen Angaben mehrere Jahre lang im Betrieb eingesetzt, ohne dass wesentliche Betriebsstörungen aufgetreten wären (vgl. Wartungsberichte, Bd. X, Bl. 2020–2048). Anlagen, die jahrelang störungsfrei genutzt wurden, können nicht als „wertlos“ bewertet werden.

c) Qualifikation des Sachverständigenbüros: Das Büro Tremblay & Partner ist, soweit der Verteidigung bekannt, nicht öffentlich bestellt und vereidigt im Bereich Maschinenbewertung/Investitionsgüter. Eine Qualifikationsüberprüfung erscheint geboten.

II. Rechtlicher Rahmen

Gemäß § 244 Abs. 3 S. 1 StPO darf ein Beweisantrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens nur abgelehnt werden, wenn die Tatsache, die bewiesen werden soll, für die Entscheidung ohne Bedeutung ist, wenn das Gegenteil der Tatsache bereits erwiesen ist oder wenn der Beweis durch andere Beweismittel genügend erbracht ist. Keine dieser Voraussetzungen liegt vor:

- Die Schadenshöhe ist unmittelbar entscheidungsrelevant für die Frage der Strafbarkeit nach § 263 StGB und für die Strafzumessung.
- Das Gegenteil ist durch das Gutachten Tremblay & Partner nicht bewiesen, weil dieses methodisch angreifbar ist.
- Ein anderes Beweismittel, das den tatsächlichen Marktwert der gelieferten Anlagen ermittelt, liegt nicht vor.

Die Anordnung eines Gegengutachtens ist nach ständiger Rechtsprechung des BGH geboten, wenn das vorliegende Gutachten methodische Schwächen aufweist oder wenn die Verteidigung substantiierte Einwände erhebt (BGH, Urteil vom 08.12.2011 — 1 StR 430/11; BGH, Beschluss vom 07.10.2003 — 1 StR 385/03).

Sachverständigenvorschlag

Die Verteidigung schlägt als Sachverständigen vor:

Prof. Dr.-Ing. Klaus Helbig Öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Maschinenbewertung und Investitionsgüter Technische Universität Darmstadt, Institut für Fertigungstechnik (Alternativ: einen vom Gericht benannten Sachverständigen aus der Liste der IHK Frankfurt)

Antrag

Ich beantrage,

1. einen unabhängigen, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Maschinenbewertung zu bestellen,
2. diesem den vollständigen Akteninhalt zu den 14 Lieferverträgen sowie die sichergestellten Maschinen (soweit noch verfügbar) zur Begutachtung zu übermitteln,
3. das Gutachten Tremblay & Partner dem Gegensachverständigen vorzulegen und ihn zur kritischen Überprüfung der dort angewandten Methodik zu verpflichten,
4. den Sachverständigen in der Hauptverhandlung zu befragen.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Marx Strafverteidigung Frankfurt

Az. LG Frankfurt: 5/28 KLS 122/25 — Az. StA: 5400 Js 14782/24

Datei: 09_durchsuchungsbeschluss_kanzleiräume.md

Durchsuchungsbeschluss — Kanzleiräume Marx Strafverteidigung Frankfurt

[KOPIE — Vollstrecktes Exemplar, gemäß § 98 StPO zugestellt, jetzt in Verteidigungsakte]

AMTSGERICHT FRANKFURT AM MAIN Ermittlungsrichterin

Az.: **942 Gs 2847/25** (Verweisungsverfahren: StA Frankfurt am Main, Az. 5400 Js 14782/24)

BESCHLUSS

Frankfurt am Main, 10. März 2025

In dem Ermittlungsverfahren gegen

Bankert, Daniel Albert (Beschuldigter)

wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main vom 07. März 2025

die **Durchsuchung** der Kanzleiräume der Rechtsanwältin

Dr. Friederike Marx, Marx Strafverteidigung Frankfurt Bockenheimer Landstraße 84, 60323 Frankfurt am Main (alle zugänglichen Büroräume, Kanzleiarchiv, Serverraum)

gemäß **§§ 102, 103 StPO** angeordnet.

I. Durchsuchungszweck

Die Durchsuchung dient der Auffindung und Sicherstellung von Beweismitteln, die für das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten Bankert bedeutsam sein können, insbesondere:

1. Schriftliche oder digitale Korrespondenz zwischen der Beschuldigten Kanzlei und Daniel Albert Bankert, sofern sie Hinweise auf die vorgeworfenen Straftaten (§§ 263, 266, 334 StGB, § 370 AO) enthält,
2. Verträge, Rechnungen oder sonstige Unterlagen, die Geldflüsse zwischen der Bankert Industrieautomation GmbH und der Kanzlei oder Dritten dokumentieren,
3. Unterlagen, aus denen die Verwendung von Erlösen aus den mutmaßlichen Straftaten hervorgeht,
4. Datenträger (Computer, externe Festplatten, USB-Sticks, Smartphones) mit mandatsbezogenen Kommunikationsdaten.

II. Rechtliche Grundlage

§ 103 StPO erlaubt die Durchsuchung bei nicht verdächtigen Dritten, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, dass die gesuchten Spuren oder Gegenstände sich in den zu durchsuchenden Räumen befinden. Die Staatsanwaltschaft hat in ihrem Antrag ausgeführt, dass aufgefundene Kommunikation zwischen Bankert und der Kanzlei auf mögliche Kenntnisse über Vermögensverschiebungen hindeutet.

Einschränkung (§ 97 StPO): Der Beschluss ordnet ausdrücklich an, dass der Durchsuchung und Sicherstellung unterliegen die betreffenden Gegenstände und Dokumente **nur insoweit, als sie nicht dem Beschlagnahmeverbot des § 97 StPO unterfallen** (Berufsgeheimnisträger, Verteidigungsunterlagen). Die Entscheidung über die Beschlagnahmefähigkeit im Einzelfall bleibt dem Richter vorbehalten.

III. Vollzug

Datum und Uhrzeit des Vollzugs: Dienstag, 11. März 2025, 06:30 Uhr

Vollzugsbehörde: Kriminalpolizei Frankfurt am Main, KK 34 (Wirtschaftskriminalität), KHK Steffen Brauer

Anwesende: KHK Brauer, 3 Beamte KPD Frankfurt, Ermittlungsrichterin AG Frankfurt (telefonisch zugeschaltet)

Dauer: 06:30–13:15 Uhr

Sichergestellte Gegenstände (Kurzverzeichnis):

Nr.	Gegenstand	Verbleib
1	Laptop Dell Latitude 7420 (Büro Dr. Marx, Arbeitsplatz)	KPD Frankfurt KK 34, Asservatennr. 2025/03/11-001
2	USB-Stick (SanDisk, 64 GB, Schlüsselbund Dr. Marx)	KPD Frankfurt, Asservatennr. 2025/03/11-002
3	Aktenordner „Bankert — Vorakten 2024“ (Archivraum)	KPD Frankfurt, Asservatennr. 2025/03/11-003
4	Aktenordner „Bankert — Vertragsunterlagen Liechtenstein“	KPD Frankfurt, Asservatennr. 2025/03/11-004
5	Smartphone iPhone 14 (Empfangstresen, Sekretariat)	KPD Frankfurt, Asservatennr. 2025/03/11-005
6	Server-Backup-Festplatte (Serverraum, 2 TB)	KPD Frankfurt, Asservatennr. 2025/03/11-006

IV. Anmerkung zur Sicherstellung

Dr. Marx hat bei Vollzug der Durchsuchung sofort Widerspruch gegen die Sicherstellung der Gegenstände Nr. 1–6 eingelegt und auf das **Beschlagnahmeverbot nach § 97 Abs. 1 Nr. 1 und 3 StPO** sowie den **besonderen Schutz der Verteidigungsunterlagen** hingewiesen. Die Ermittlungsrichterin hat die sofortige Siegelung der sichergestellten Gegenstände angeordnet; sie verbleiben versiegelt bei der Kriminalpolizei bis zur richterlichen Entscheidung über die Beschlagnahmefähigkeit.

Der förmliche Widerspruch gemäß § 98 Abs. 2 StPO wurde gleichzeitig eingelegt. Der Antrag auf richterliche Überprüfung und Aufhebung der Sicherstellungsmaßnahme ist Gegenstand von Aktenstück 10 dieser Akte.

Frankfurt am Main, 10. März 2025

Dr. Carolin Mayer Richterin am Amtsgericht — Ermittlungsrichterin —

(Siegel AG Frankfurt)

[Kopie — Az. AG Frankfurt: 942 Gs 2847/25 — Az. StA: 5400 Js 14782/24]

Datei: 10_widerspruch_mandatsdaten_53_stpo.md

Widerspruch gegen Sicherstellung von Mandatsdaten — § 97, § 148 StPO

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer Landstraße 84 60323 Frankfurt am Main

An das

Amtsgericht Frankfurt am Main — Ermittlungsrichterin — z.Hd. Frau Dr. Carolin Mayer Gerichtsstraße 2 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, **12. März 2025**

Az. AG Frankfurt: 942 Gs 2847/25

Az. StA Frankfurt: 5400 Js 14782/24

Betreff: Widerspruch und Antrag auf Aufhebung der Sicherstellungsmaßnahme vom 11.03.2025

Sehr geehrte Frau RichterIn Dr. Mayer,

ich erhebe hiermit fristwährend **Widerspruch** nach **§ 98 Abs. 2 StPO** gegen die bei der Durchsuchung meiner Kanzleiräume am 11. März 2025 (Az. 942 Gs 2847/25) vorgenommene Sicherstellung der unter Asservatennummern 2025/03/11-001 bis 2025/03/11-006 erfassten Gegenstände und beantrage,

1. sämtliche sichergestellten Gegenstände **unverzüglich zurückzugeben** (§ 98 Abs. 2 S. 2 StPO),
2. hilfsweise: die Entscheidung über die Beschlagnahmefähigkeit **dem zuständigen Strafrichter** vorzubehalten und bis zur Entscheidung alle Gegenstände unter richterlichem Siegel zu belassen,
3. der Staatsanwaltschaft **jede Kenntnisnahme** vom Inhalt der sichergestellten Gegenstände bis zur rechtskräftigen Entscheidung zu untersagen.

A. Beschlagnahmeverbot gemäß § 97 Abs. 1 Nr. 1 und 3 StPO

I. Schutzbereich des § 97 StPO

Gemäß **§ 97 Abs. 1 Nr. 1 StPO** unterliegen schriftliche Mitteilungen zwischen dem Beschuldigten und Personen, die als Zeugen das Zeugnis verweigern dürfen, dem Beschlagnahmeverbot. Als Verteidigerin des Beschuldigten Bankert bin ich gemäß **§ 53 Abs. 1 Nr. 2 StPO** zeugnisverweigerungsberechtigt. Die in den sichergestellten Gegenständen enthaltenen Unterlagen und Kommunikationen fallen daher in den Schutzbereich des § 97 Abs. 1 Nr. 1 StPO.

Gemäß **§ 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO** gilt das Beschlagnahmeverbot überdies für sonstige Gegenstände, auf die das Zeugnisverweigerungsrecht sich erstreckt. Dies schließt alle mandatsbezogenen Aufzeichnungen, Korrespondenz und digitalen Daten ein, die sich auf die Verteidigung des Beschuldigten in diesem Strafverfahren beziehen.

II. Umfang des Mandats

Das Mandat wurde am 20. März 2025 schriftlich begründet. Die sichergestellten Unterlagen aus dem Aktenordner „Bankert — Vorakten 2024“ (Asservatennr. -003) und „Bankert — Vertragsunterlagen Liechtenstein“ (-004) betreffen Akten, die ich im Zuge der Mandatsvorbereitung und der laufenden Akteneinsicht zusammengestellt habe. Sie stehen in unmittelbarem sachlichem Zusammenhang mit der Strafverteidigung und sind dem Zugriff der Staatsanwaltschaft entzogen.

III. Keine Ausnahme nach § 97 Abs. 2 StPO

Das Beschlagnahmeverbot entfällt nach § 97 Abs. 2 S. 1 StPO nur dann, wenn die in Abs. 1 bezeichneten Personen einer Beteiligung an der Straftat oder einer Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei verdächtig sind. Ein solcher Verdacht gegenüber meiner Person besteht nicht; er wurde weder im Durchsuchungsbeschluss noch im zugehörigen Antrag der Staatsanwaltschaft geäußert. Die bloße Tatsache, dass ich Verteidigerin des Beschuldigten bin und mich mit belastendem Aktenmaterial beschäftigt habe, begründet keinen Verdacht im Sinne des § 97 Abs. 2 StPO.

B. Verletzung des verfassungsrechtlichen Schutzes der Strafverteidigung

I. BVerfG-Linie zum Schutz der Verteidigerkommunikation

Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung den besonderen Schutz der anwaltlichen Verteidigerkommunikation betont. Die Beschlagnahme von Verteidigungsunterlagen stellt einen schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6 Abs. 3 lit. c EMRK, Art. 103 Abs. 1 GG) sowie in die Berufsfreiheit der Verteidigerin (Art. 12 Abs. 1 GG) dar (vgl. BVerfG, Beschluss vom 30.04.2007 — 2 BvR 2151/06; BVerfG, Beschluss vom 08.10.2009 — 2 BvR 547/08).

Das BVerfG hat insbesondere hervorgehoben, dass ein Mandant, der befürchten muss, seine Verteidigerin könnte jederzeit einer Durchsuchung ausgesetzt werden und Verteidigungsunterlagen könnten der Staatsanwaltschaft zugänglich gemacht werden, der effektiven Inanspruchnahme anwaltlicher Verteidigung beraubt wird. Das Grundgesetz garantiert nicht nur die formale Verteidigungsmöglichkeit, sondern eine effektive, unbelastete Verteidigung.

II. Recht auf Vertraulichkeit der Verteidigerkommunikation

Gemäß **§ 148 Abs. 1 StPO** ist dem Beschuldigten, auch wenn er sich in Untersuchungshaft befindet, schriftlicher und mündlicher Verkehr mit seinem Verteidiger gestattet. Dieser Grundsatz schließt die Vertraulichkeit der gemeinsam erarbeiteten Verteidigungsunterlagen ein. Die Sicherstellung des Laptops und der Aktenordner untergräbt diesen Grundsatz unmittelbar.

III. Europarecht

Auch Art. 7 der EU-Richtlinie 2013/48/EU (Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand) und Art. 8 der EU-Richtlinie 2016/343/EU (Unschuldsvermutung) gebieten, dass Verteidigungsunterlagen nicht der Strafverfolgungsbehörde zugänglich gemacht werden.

C. Digitale Datenträger — besonderes Schutzregime

Die sichergestellten digitalen Datenträger (Laptop Asserv. -001, USB-Stick -002, Smartphone -005, Festplatte -006) enthalten nach meiner Einschätzung neben den Mandatsdaten Bankert auch Daten aus anderen laufenden Strafverteidigungsmandaten, die mit diesem Verfahren keinerlei Zusammenhang haben. Durch eine Auswertung würde die Staatsanwaltschaft Kenntnis von sensiblen Informationen zu Dutzenden anderen Mandanten erhalten. Dies ist mit dem Grundrecht der betroffenen Mandanten auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) unvereinbar.

Ich beantrage, **mindestens** die Rückgabe der digitalen Datenträger oder ihre Sicherung durch einen unabhängigen richterlichen Sachverständigen, der ausschließlich die verfahrensrelevanten Daten extrahiert und der Staatsanwaltschaft zuleitet, während alle übrigen Daten der gerichtlichen Verwahrung unterliegen.

D. Anträge (zusammengefasst)

1. **Sofortige Rückgabe** der sichergestellten Gegenstände Asserv. 2025/03/11-001 bis -006, hilfsweise
2. **Richterliche Siegelung** bis zur gerichtlichen Entscheidung über Beschlagnahmefähigkeit,
3. **Vollständiges Verwertungsverbot** für alle bis zur Entscheidung etwa bereits gewonnenen Erkenntnisse,
4. **Richterlicher Sachverständiger** für digitale Datenauswertung bei Entscheidung über Teilfreigabe.

Ich behalte mir weitere Rechtsbehelfe, insbesondere eine Verfassungsbeschwerde, ausdrücklich vor.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht

Datei: 11_verstaendigungsangebot_staatsanwaltschaft.md

Verständigungsangebot der Staatsanwaltschaft — § 257c StPO

[Kopie des Schreibens der Staatsanwaltschaft an Verteidigung, 28.04.2025, mit Kanzlei-Bewertungsvermerk]

Schreiben der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Abteilung Wirtschaftskriminalität Az.: **5400 Js 14782/24** OStA Dr. Henning Wallisch

An: Dr. Friederike Marx Marx Strafverteidigung Frankfurt Bockenheimer Landstraße 84 60323 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, **28. April 2025**

Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Marx,

in dem o.g. Strafverfahren gegen Ihren Mandanten Herrn Daniel Albert Bankert möchte ich — nach Vorabstimmung mit der Vorsitzenden der 14. Großen Wirtschaftsstrafkammer, Frau Richterinnen am Landgericht Dr. Keller-Vogt — eine Verständigung gemäß **§ 257c StPO** in Aussicht stellen.

Vorgeschlagene Verständigungsparameter

1. Geständnis: Ihr Mandant erklärt sich bereit, in der Hauptverhandlung ein **umfassendes, belastbares Geständnis** zu den Tatvorwürfen des gewerbsmäßigen Betrugs (§ 263 Abs. 3 StGB, sämtliche 14 Fälle) und der Steuerhinterziehung (§ 370 Abs. 3 AO, sämtliche vier Veranlagungszeiträume) abzulegen. Das Geständnis muss sich inhaltlich mit den Feststellungen der Anklageschrift decken und einer Überprüfung durch das Gericht standhalten.

2. Verfahrenseinstellung: Die Staatsanwaltschaft stellt im Gegenzug die Anklagepunkte

- Untreue (§ 266 StGB) sowie
- Bestechung (§ 334 StGB, alle drei Fälle)

gemäß **§ 154 Abs. 1 StPO** vorläufig ein. Die Einstellung wird mit der Verkündung des Urteils rechtskräftig.

3. Strafmaß: Die Staatsanwaltschaft erklärt sich — vorbehaltlich eines tragfähigen Geständnisses und Zustimmung des Gerichts — bereit, einer Gesamtfreiheitsstrafe von **3 Jahren und 9 Monaten** nicht entgegenzutreten. Diese Strafe würde eine Aussetzung zur Bewährung gemäß § 56 StGB ausschließen (Schwelle: 2 Jahre).

4. Weitere Bedingungen:

- Rückzahlung eines Teilbetrags des Steuerschadens (mindestens 400.000 EUR) bis Hauptverhandlungsbeginn als Zeichen der Schadenswiedergutmachung,
- Kein Rechtsmittelverzicht (die Möglichkeit der Revision bleibt unberührt),

- Zustimmung des Angeklagten muss bis zum **23. Mai 2025** vorliegen.

5. Adäsionsantrag: Das Angebot enthält keine Zusage der Staatsanwaltschaft in Bezug auf den Adäsionsantrag der ABC Großabnehmer SE. Über zivilrechtliche Schadensersatzansprüche wird das Gericht gesondert entscheiden.

Ich bitte um Ihre Antwort bis zum 23.05.2025. Für ein vertrauliches Vorgespräch stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Henning Wallisch Oberstaatsanwalt Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Kanzleivermerk Dr. Marx — Interne Bewertung (05.05.2025)

Vertraulich — Anwaltsgeheimnis § 53 StPO

I. Taktische Ausgangslage

Das Verständigungsangebot ist aus Sicht der Staatsanwaltschaft zu erwarten: Die Widersprüche in den Aussagen Pollmanns und Kohlrauschs schwächen die Anklage strukturell. Es ist ein Zeichen, dass die StA unsicher ist, ob eine vollständige Verurteilung in allen Anklagepunkten gelingt.

II. Bewertung der Bedingungen

Strafmaß 3 Jahre 9 Monate: Dies liegt über der Grenze zur Bewährungsstrafe (2 Jahre, § 56 Abs. 2 StGB). Der Mandant sitzt bereits seit 17.03.2025 in U-Haft; bei einem Geständnis Ende Juni wären rund 3,5 Monate anrechenbar (§ 51 StGB). Die verbleibende Reststrafe: ca. 3 Jahre 5 Monate Vollzug (bei 2/3-Aussetzung nach § 57 Abs. 1 StGB: ca. 2 Jahre 3 Monate faktische Inhaftierung).

Vergleich mit Verurteilungsrisiko ohne Verständigung: Bei Verurteilung in allen vier Anklagepunkten (Betrug, Untreue, Bestechung, Steuerhinterziehung) ist auf der Grundlage der BGH-Strafzumessungspraxis mit einer Gesamtfreiheitsstrafe von **6 bis 8 Jahren** zu rechnen. Dieses Risiko ist real, auch wenn die Verteidigung erhebliche Zweifel an mehreren Anklagepunkten hat.

Untreue- und Bestechungseinstellung: Die Einstellung nach § 154 StPO ist für den Mandanten zunächst vorteilhaft. Sie beseitigt jedoch nicht das Risiko einer späteren Wiederaufnahme (§ 154 Abs. 4 StPO), falls neue Beweise auftauchen. Liechtenstein-Ermittlungen laufen noch.

III. Empfehlung an den Mandanten

Ich empfehle **keine sofortige Ablehnung**, aber auch keine Zustimmung, ohne:

1. das Ergebnis des Gegengutachtens zur Maschinenbewertung abzuwarten,
2. Bankerts Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Folgen (Insolvenzgefahr GmbH) einzuholen,
3. die Haftbeschwerde-Entscheidung abzuwarten (könnte Druck nehmen).

Dem Mandanten wird empfohlen, die Entscheidung bis zum 21. Mai 2025 zu treffen. Frist 23. Mai 2025.

Ein Gegenvorschlag: Strafmaß 3 Jahre (Bewährungsgrenze wäre knapp überschritten, aber mit guter Führung und U-Haftanrechnung faktisch deutlich kürzer). Alternativ: Verständigung auf Geständnis lediglich in zehn der 14 Betrugsanklagepunkte, entsprechend niedrigeres Strafmaß.

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — 05.05.2025

Az.: 5/28 KLS 122/25

Haftbeschwerde — §§ 117, 304 StPO — Daniel Albert Bankert

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer Landstraße 84 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069 / 44 55 66 70 marx@marx-strafverteidigung.de

An das

Landgericht Frankfurt am Main — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer — Gerichtsstraße 2 60313 Frankfurt am Main

(Per Fax 069 / 1367-5019 und per beA)

Frankfurt am Main, **09. Mai 2025**

Az.: 5/28 KLS 122/25

Az. Haftbefehl AG Frankfurt: 942 Gs 1204/25

HAFTBESCHWERDE

Namens und im Auftrag meines Mandanten

Daniel Albert Bankert geboren am 14.03.1979 in Frankfurt am Main derzeit in Untersuchungshaft, JVA Frankfurt I, Haftraum C 3.12

lege ich gegen den Haftbefehl des Landgerichts Frankfurt am Main vom **14. März 2025** (Az. 5/28 KLS 122/25)

HAFTBESCHWERDE

gemäß **§§ 304 Abs. 1, 117 StPO** ein

und beantrage,

1. den Haftbefehl vom 14. März 2025 **aufzuheben** und die sofortige Entlassung meines Mandanten aus der Untersuchungshaft anzuordnen;
2. hilfsweise: den Haftbefehl gemäß **§ 116 StPO** außer Vollzug zu setzen und den Vollzug durch mildere Mittel (Meldeauflage, Sicherheitsleistung, Passabgabe) zu ersetzen;
3. die sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Reisepasses meines Mandanten an das Gericht als Treuhänder mit Auflagencharakter anzuordnen.

A. Sachverhalt

Mein Mandant befindet sich seit dem 17. März 2025 — nunmehr **8 Wochen** — in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I. Der Haftbefehl stützt sich auf den Haftgrund der **Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO)**. Hilfsweise wird im Haftbefehl Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO) angeführt.

Der dringende Tatverdacht (§ 112 Abs. 1 S. 1 StPO) wird für die Zwecke dieser Beschwerde unterstellt; die Verteidigung behält sich vor, auch den dringenden Tatverdacht in der Hauptverhandlung zu bestreiten.

B. Kein Haftgrund Fluchtgefahr

I. Maßstab

Fluchtgefahr im Sinne des § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO ist nur anzunehmen, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen bei Würdigung der Umstände des Einzelfalls der begründete Verdacht besteht, dass sich der Beschuldigte dem Verfahren entziehen werde. Die Fluchtgefahr muss konkret und aktuell sein; eine abstrakte Möglichkeit genügt nicht (BGH, Beschluss vom 22.02.1980 — StB 2/80; OLG Frankfurt, Beschluss vom 14.11.2019 — 1 HEs 165/19).

II. Anbindung in Frankfurt am Main

Mein Mandant ist ausweislich seines Lebensmittelpunkts seit vielen Jahren in Frankfurt verwurzelt:

- Er führt seit 2009 die Bankert Industrieautomation GmbH mit Sitz in Frankfurt; aktuell 23 Mitarbeiter.
- Sein Hauptwohnsitz liegt in Frankfurt am Main (Westendstraße 112).
- Er unterhält langjährige Geschäftsbeziehungen zu Frankfurter Banken und Gewerbetreibenden.
- Seine in Deutschland lebenden Kinder aus erster Ehe (Tobias, 19, und Lena, 16) haben ihren Lebensmittelpunkt in Frankfurt.
- Er ist Mitglied im Rotary Club Frankfurt Sachsenhausen und engagiert sich im lokalen Mittelstandsverein.

III. Verhältnis zur Ehefrau in Zürich

Der Haftbefehl stützt Fluchtgefahr auf die Tatsache, dass mein Mandant eine Ehefrau in Zürich hat. Dies allein begründet keine Fluchtgefahr. Die Ehe mit der Schweizer Staatsangehörigen ist dem Gericht bekannt und meinem Mandanten nicht vorwerfbar. Die Ehefrau hält sich offen in Zürich auf; sie ist der Staatsanwaltschaft namentlich bekannt und steht jederzeit als Kontaktperson zur Verfügung. Die bloße Existenz familiärer Bindungen im Ausland ist als Haftgrund unzureichend (OLG Frankfurt, Beschluss vom 07.03.2016 — 1 HEs 29/16; OLG Hamburg, Beschluss vom 23.11.2018 — 2 Ws 210/18).

IV. Auslandsvermögen

Der Haftbefehl verweist auf Auslandsvermögen in Liechtenstein und Luxemburg. Diese Konten sind der Staatsanwaltschaft bekannt und wurden Gegenstand von Rechtshilfeersuchen. Eine Zugriffsmöglichkeit des Mandanten auf diese Konten ist durch die laufenden Rechtshilfeverfahren und die gerichtlichen Anordnungen (EU-Einfrierungsbeschluss) faktisch erheblich eingeschränkt. Die Konten können nicht kurzfristig liquidiert werden.

V. Straferwartung

Die Staatsanwaltschaft selbst hat in ihrem Verständigungsangebot vom 28.04.2025 eine Strafe von 3 Jahren 9 Monaten in Aussicht gestellt, was eine erhebliche Milderung gegenüber dem theoretischen Höchstmaß bedeutet. Diese Straferwartung liegt im mittleren Bereich; sie begründet allein keine unwiderstehliche Fluchtmotivation, zumal mein Mandant — soweit eine Verständigung zustande kommt — nach 2/3 Verbüßung frühzeitig entlassen werden könnte.

C. Kein Haftgrund Verdunkelungsgefahr

Die hilfsweise angeführte Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO) ist nicht mehr tragfähig:

- Die Ermittlungen sind abgeschlossen; die Anklage ist erhoben.
- Sämtliche relevanten Beweise (Dokumente, Datenträger) wurden bei der Durchsuchung sichergestellt.

- Die Zeugen Pollmann und Kohlrausch wurden bereits mehrfach vernommen.
- Mein Mandant befindet sich seit 8 Wochen in Haft — ohne dass Verdunkelungshandlungen dokumentiert wurden.

Unter diesen Umständen fehlt es an einer konkreten, aktuellen Verdunkelungsgefahr (vgl. BGH, Beschluss vom 20.08.2014 — StB 11/14).

D. Unverhältnismäßigkeit der U-Haft

I. Zeitdauer

Mein Mandant befindet sich seit 8 Wochen in Haft. Die Hauptverhandlung beginnt in 6 Wochen (23. Juni 2025). Es besteht keine Notwendigkeit, meinen Mandanten bis zur Hauptverhandlung in Haft zu belassen.

II. Wirtschaftliche Folgen

Die andauernde Untersuchungshaft bedroht die Bankert Industrieautomation GmbH mit der Insolvenz. Als Alleingeschäftsführer kann mein Mandant seine Führungsaufgaben nicht wahrnehmen; Lieferverträge laufen aus, Bankkredite (Gesamtlinie 1,2 Mio. EUR) sind von der finanzierenden Bank auf Kündigung gestellt worden (vgl. Schreiben Commerzbank Frankfurt vom 28.04.2025, Anlage 3). 23 Arbeitsplätze sind bedroht. Diese wirtschaftlichen Folgen stehen in keinem angemessenen Verhältnis zur noch ausstehenden Hauptverhandlung.

III. Mildere Mittel (§ 116 StPO)

Hilfsweise beantrage ich, den Haftbefehl gemäß **§ 116 Abs. 1 StPO** außer Vollzug zu setzen und folgende Auflagen zu verhängen:

- Hinterlegung des Reisepasses beim Amtsgericht Frankfurt am Main,
- Wöchentliche Meldepflicht bei der Polizeiinspektion Frankfurt-Innenstadt,
- Hinterlegung einer Sicherheitsleistung in Höhe von **500.000 EUR** (Bankbürgschaft),
- Verbot, das Bundesgebiet zu verlassen,
- Verbot, Kontakt zu den Zeugen Pollmann und Kohlrausch aufzunehmen.

Diese Auflagen sind geeignet, den Haftzweck (Sicherung der Hauptverhandlung) zu gewährleisten, ohne den Mandanten in unverhältnismäßiger Weise zu belasten.

E. Anlagen

- Anlage 1: Nachweis Wohnsitz Frankfurt am Main (Meldebestätigung)
- Anlage 2: Nachweis Mitgliedschaft Rotary Club Frankfurt Sachsenhausen
- Anlage 3: Schreiben Commerzbank Frankfurt vom 28.04.2025 (Kreditkündigung)
- Anlage 4: Vollmacht vom 20.03.2025

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Marx Strafverteidigung Frankfurt

Az.: 5/28 KLS 122/25 — Az. StA: 5400 Js 14782/24

Datei: 13_nebenklage_abc_grossabnehmer.md

Nebenklage — ABC Großabnehmer SE — Aktenvermerk und Bewertung

Marx Strafverteidigung Frankfurt

Vertraulich — Anwaltsgeheimnis § 53 StPO Erstellt von: Dr. Friederike Marx Datum: 08. Mai 2025 Az.: 5/28 KLS 122/25

1. Hintergrund

Die ABC Großabnehmer SE (Sitz: Eschborn, Taunus) hat sich mit Schriftsatz vom **05. Mai 2025** dem Verfahren als Nebenklägerin angeschlossen. Die Nebenklägervertreterin ist:

Rechtsanwalt Michael Krämer Krämer Hauck Rechtsanwälte Mainzer Landstraße 50 60325 Frankfurt am Main

Der Anschluss der Nebenklage erfolgt gemäß **§§ 395 Abs. 1, 396 StPO**. Zulässig ist die Nebenklage für Verletzte der in § 395 Abs. 1 StPO genannten Delikte. Der gewerbsmäßige Betrug (§ 263 Abs. 3 StGB) ist in § 395 Abs. 1 Nr. 1 StPO nicht direkt genannt, jedoch erfasst § 395 Abs. 3 StPO auch Verletzte bei Straftaten, die im Wege der Adhäsion Schadensersatzansprüche begründen können.

Rechtliche Prüfung: Die Nebenklageberechtigung der ABC SE im Rahmen eines Betrugsverfahrens ist nicht unumstritten. Die Nebenklage ist gemäß § 395 Abs. 1 Nr. 6 StPO nur bei besonders schweren Fällen von Körperverletzungsdelikten und ähnlichen Straftaten zulässig, nicht per se bei Vermögensdelikten wie § 263 StGB. Die Zulassung der Nebenklage steht unter dem Vorbehalt gerichtlicher Prüfung; die Kammer hat noch nicht entschieden.

Feststellung: Die Verteidigung wird die Zulässigkeit der Nebenklage anfechten, soweit sie auf dem reinen Betrugsvorwurf beruht. Für den Bestechungsvorwurf (§ 334 StGB) kommt eine Nebenklage nach § 395 Abs. 1 Nr. 3 StPO in Betracht, wenn ABC SE als durch Bestechung Geschädigte gilt — was rechtlich ebenfalls nicht zweifelsfrei ist.

2. Adäsionsantrag der ABC Großabnehmer SE

Gleichzeitig mit dem Nebenklageanschluss wurde ein **Adäsionsantrag** gemäß **§§ 403 ff. StPO** gestellt:

Antragsteller: ABC Großabnehmer SE, vertreten durch RA Krämer

Beklagter: Daniel Albert Bankert

Antragsdatum: 05. Mai 2025

Geltend gemachter Schadensersatz: **3.800.000 EUR** nebst Zinsen ab 01.01.2023 (5 Prozentpunkte über Basiszinssatz)

Der Betrag weicht von der in der Anklageschrift genannten Schadenshöhe (4.300.000 EUR) ab. RA Krämer begründet dies damit, dass die ABC SE auf interne Revisionskosten und Folgeschäden zunächst verzichtet und nur den unmittelbaren Kaufpreisschaden für die als wertminder eingestuften Anlagen geltend macht.

Rechtliche Grundlage des Adäsionsantrags: § 403 StPO ermöglicht es Verletzten, im Strafverfahren Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Das Gericht entscheidet gemäß § 406 StPO im Urteil, wenn dies ohne Verzögerung des Verfahrens möglich ist, andernfalls wird von der Entscheidung abgesehen (§ 406 Abs. 1 S. 4 StPO) und der Zivilrechtsweg bleibt offen.

3. Strategische Bewertung aus Sicht der Verteidigung

3.1 Auswirkung auf das Strafverfahren

Die Nebenklage und der Adäsionsantrag erhöhen den Verfahrensdruck auf den Mandanten erheblich. RA Krämer gilt als aggressiver Prozessvertreter; er wird Beweisanträge stellen und eigene Zeugenlisten einreichen.

Die Nebenklägeranwälte haben das Recht, an der Hauptverhandlung teilzunehmen, Beweisanträge zu stellen, Zeugen zu befragen und eine Abschlussrede zu halten (§§ 397, 397a StPO). Dies verlängert die Hauptverhandlung erheblich.

3.2 Schadenshöhe

Der Adäsionsantrag über 3,8 Mio. EUR ist für das Strafverfahren insofern relevant, als das Gericht ihn bei der Strafzumessung berücksichtigen wird. Die Verteidigung muss hier eine eigene Schadensberechnung vorlegen (vgl. Anlage XLSX, Schadenstabelle).

Die Differenz zwischen dem Anklageschrift-Schaden (4,3 Mio. EUR) und dem Adäsionsantrag (3,8 Mio. EUR) legt nahe, dass die ABC SE selbst den angeblichen Schaden nicht vollständig belegen kann. Dies ist ein nützlicher Anhaltspunkt für die Hauptverhandlung.

3.3 Vergleichspotenzial im Adäsionsverfahren

Selbst wenn das Strafgericht den Adäsionsantrag annimmt, hat der Mandant in der Zivilsache ein eigenes Interesse an einem Vergleich. RA Krämer hat signalisiert, dass ein außergerichtlicher Vergleich für die ABC SE vorstellbar wäre, wenn die Kernsumme (ca. 2 Mio. EUR) gesichert ist.

Empfehlung: Parallele Vergleichsgespräche mit RA Krämer nach Hauptverhandlungsbeginn erwägen.

4. Chronologie der Nebenklage-Korrespondenz

Datum	Vorgang
10.04.2025	Anklageschrift zugestellt; ABC SE beauftragt RA Krämer
22.04.2025	Schreiben RA Krämer an StA: Anmeldung Nebenklageberechtigung
05.05.2025	Formelle Nebenklageerklärung + Adäsionsantrag bei LG Frankfurt eingereicht
07.05.2025	Zustellung Nebenklage-Erklärung an Verteidigung (per beA)
09.05.2025	Dr. Marx: Eingang Adäsionsantrag; interne Bewertung
23.06.2025	HV-Termin 1: Gericht entscheidet über Zulassung Nebenklage

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLs 122/25

Datei: 14_steuernhinterziehung_betragberechnung.md

Steuerhinterziehung § 370 AO — Betragsberechnung und Verteidigungsanalyse

1. Tatvorwurf im Überblick

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mandanten vor, für die Veranlagungszeiträume **2019 bis 2022** unrichtige Steuererklärungen der Bankert Industrieautomation GmbH beim Finanzamt Frankfurt am Main IV abgegeben und dadurch Steuern in Höhe von insgesamt ca. **1.100.000 EUR** verkürzt zu haben (§ 370 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 S. 2 Nr. 1 AO — besonders schwerer Fall, da verkürzte Steuerbeträge über 50.000 EUR je Tat).

2. Anklageschrift-Zahlen (Ohlsen-Gutachten) vs. Verteidigungsanalyse

VZ	KSt+SolZ (Anklage)	GewSt (Anklage)	USt (Anklage)	Gesamt (Anklage)	Gesamt (V erteidigung geschätzt)	Differenz
2019	98.000 EUR	32.000 EUR	55.000 EUR	185.000 EUR	120.000 EUR	- 65.000 EUR
2020	145.000 EUR	48.000 EUR	80.000 EUR	273.000 EUR	195.000 EUR	- 78.000 EUR
2021	182.000 EUR	62.000 EUR	110.000 EUR	354.000 EUR	260.000 EUR	- 94.000 EUR
2022	135.000 EUR	48.000 EUR	105.000 EUR	288.000 EUR	200.000 EUR	- 88.000 EUR
Gesamt	**560.000 EUR**	**190.000 EUR**	**350.000 EUR**	**1.100.000 EUR**	**775.000 EUR**	** - 325.000 EUR**

(Detaillierte Berechnung vgl. XLSX-Anlage 14_steuerhinterziehung_berechnung.xlsx)

3. Kritik an der Berechnung des Gutachters Ohlsen

3.1 Nicht abzugsfähige Bestechungszahlungen

Das Gutachten Ohlsen setzt voraus, dass die als „Repräsentationskosten“ verbuchten Beträge tatsächlich Bestechungszahlungen waren und daher gemäß § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 10 EStG (i.V.m. § 8 Abs. 1 KStG) nicht als Betriebsausgaben abzugsfähig sind. Hierfür besteht aber keine ausreichende Tatsachengrundlage; der Bestechungsvorwurf selbst ist bestritten. Wenn die Verteidigung den Bestechungsvorwurf erfolgreich erschüttern kann, entfällt ein Teil der Grundlage für die Steuerberechnungen.

3.2 Zurechnung von Betriebseinnahmen

Ohlsen rechnet dem Mandanten bestimmte Zahlungen der ABC SE zu, die teilweise auf Konten der GmbH eingingen, die er nicht für vollständig operativ hält. Hier ist eine genaue buchhalterische Analyse erforderlich.

3.3 Steuerberater-Verantwortlichkeit

Der Mandant hat angegeben, die Steuererklärungen seien von Dipl.-Kfm. Bruns erstellt worden; er habe nur unterschrieben. Nach § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO setzt die Strafbarkeit des Steuerpflichtigen ein Handeln im Bewusstsein der Unrichtigkeit voraus (dolus directus). Wenn der Mandant die Erklärungen unterschrieben hat, ohne von deren Unrichtigkeit gewusst zu haben, fehlt es am Vorsatz.

Ermittlungsauftrag: Vollständige Befragung Steuerberater Bruns; Prüfung, ob Bruns die relevanten Informationen vom Mandanten erhalten hat und ob er ihn über steuerliche Konsequenzen der Buchungen aufgeklärt hat.

4. Besonders schwerer Fall — § 370 Abs. 3 AO

Die Staatsanwaltschaft bewertet die Taten als besonders schwere Fälle gemäß § 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 AO (verkürzte Steuer jeweils über 50.000 EUR). Dies erhöht den Strafraum auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.

Bewertung: Die Qualifikation setzt voraus, dass jede einzelne Tat (jeder Veranlagungszeitraum) die Schwelle von 50.000 EUR überschreitet. Für VZ 2019 liegt die Anklageschrift-Zahl bei 185.000 EUR, die Verteidigungsschätzung bei 120.000 EUR — jeweils über 50.000 EUR. Der besonders schwere Fall dürfte in allen vier VZ begründbar sein, wenn die Grundbeträge der Staatsanwaltschaft auch nur annähernd stimmen. Die Grenze ist jedoch anfechtbar, wenn die Verteidigung zeigt, dass tatsächliche Steuerverkürzungen deutlich geringer sind.

5. Selbstanzeige (§ 371 AO)

Eine strafbefreiende Selbstanzeige nach § 371 AO scheidet zu diesem Zeitpunkt aus, da das Ermittlungsverfahren bereits eröffnet und dem Mandanten bekanntgegeben wurde (§ 371 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 lit. b AO). Nachmeldungen und Steuernachzahlungen können aber als Zeichen kooperativen Verhaltens im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigt werden (§ 46 Abs. 2 StGB).

Empfehlung: Im Rahmen der Verständigungsgespräche eine freiwillige Nachzahlung von mindestens 400.000 EUR (Steuerschulden + Zinsen VZ 2019–2020) anbieten; dies stärkt die Verhandlungsposition und kann zu einer merklichen Strafmilderung führen.

6. Zuständigkeit

Das LG Frankfurt am Main ist gemäß § 74c Abs. 1 Nr. 1 GVG als Wirtschaftsstrafkammer für Straftaten nach § 370 AO zuständig, wenn die besondere wirtschaftliche Sachlage — wie hier — eine besondere Kenntnis des Wirtschaftslebens erfordert.

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLS 122/25

Vgl. XLSX-Detailberechnung: xlsx/14_steuernhinterziehung_berechnung.xlsx

Datei: 15_treuhandvertrag_liechtenstein_anlage_b14.md

Treuhandvertrag Liechtenstein — Anlage B14 — Aktenvermerk und Bewertung

Marx Strafverteidigung Frankfurt

1. Hintergrund

Im Rahmen der Akteneinsicht hat die Verteidigung Kenntnis erlangt, dass die Staatsanwaltschaft den sog. **Treuhandvertrag Anlage B14** für nachträglich erstellt hält. Dieser Vertrag ist für den Untreuevorwurf (§ 266 StGB) zentral: Er soll belegen, dass die Überweisungen an den ■■■■■■-Trust in Vaduz/Liechtenstein im Zeitraum Oktober 2020 bis März 2022 rechtlich legitimiert waren.

2. Inhalt des Treuhandvertrags (Anlage B14)

Vertragsparteien:

- **Treugeber:** Bankert Industrieautomation GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Daniel Albert Bankert
- **Treuhänder:** ■■■■■■ Treuhand und Verwaltungs AG, Vaduz, Liechtenstein (Reg.-Nr. FL-■■■■■■)
- **Begünstigte:** Daniel Albert Bankert und Hartmut Geweke, je hälftig

Vertragsgegenstand: Übertragung von Liquiditätsreserven der BIA GmbH in Treuhänderschaft zur Verwaltung und Anlage; Rückübertragung auf Anforderung; Vergütung der Treuhänderin 1,5 % p.a. des verwalteten Kapitals.

Datum des Vertrags: 15. September 2020 (handschriftlich datiert)

Unterzeichner auf Seiten BIA GmbH: Daniel Albert Bankert

Unterzeichner auf Seiten Treuhänderin: ■■■■■■ (handschriftlich unleserlich)

3. Zweifel der Staatsanwaltschaft / Gutachten Tremblay

Das Sachverständigenbüro Tremblay & Partner hat in seinem Schriftvergleichsgutachten (Bd. XII, Bl. 2490–2512) folgende Einschätzung abgegeben:

> „Die Untersuchung des Papiersubstrats und der Druckertinte des Dokuments Anlage B14 lässt darauf schließen, dass das Dokument im Zeitraum zwischen Sommer 2022 und Frühjahr 2023 hergestellt wurde, nicht im Jahr 2020 wie im Text angegeben. Die chemische Zusammensetzung der verwendeten Druckertinte stimmt nicht mit der handelsüblichen Tinte überein, die für das angegebene Herstellungsdatum zu erwarten wäre.“

4. Gegendarstellung des Mandanten

Bankert bestreitet die Schlussfolgerungen des Gutachtens. Er gibt an:

1. Der Vertrag wurde tatsächlich am 15.09.2020 in Vaduz unterzeichnet; er erinnere sich an die Reise nach Vaduz.
2. Ein Ausdruck der damals unterzeichneten Version könnte auf einem neueren Drucker vorgenommen worden sein, falls das Original nicht mehr auffindbar war und eine Kopie erstellt wurde.
3. Hartmut Geweke sei bei der Vertragsunterzeichnung in Vaduz dabei gewesen.

Verifikation: Bankert gibt an, Flugreisedaten (Frankfurt–Zürich–Vaduz, September 2020) vorhanden zu sein; er hat darum gebeten, Kontobewegungen seiner Kreditkarte für diesen Zeitraum zu überprüfen.

5. Rechtliche Bewertung

5.1 Beweislage

Wenn das Schriftgutachten Tremblay zutrifft und der Vertrag tatsächlich nachträglich erstellt wurde, begründet dies den Verdacht der Urkundenfälschung (§ 267 StGB) — ein Vorwurf, der bislang nicht angeklagt ist. Die Staatsanwaltschaft hat offenbar strategisch entschieden, diesen Punkt nicht separat anzuklagen, sondern ihn im Rahmen des Untreue-Vorwurfs zu berücksichtigen.

5.2 Entlastungsbeweis

Die Verteidigung beabsichtigt, durch folgende Maßnahmen die Echtheit des Vertrags zu belegen oder zumindest ernsthafte Zweifel am Gutachten Tremblay zu wecken:

1. **Gegengutachten Schriftvergleich:** Beauftragung eines unabhängigen, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Urkundenuntersuchung (Vorschlag: Prof. Dr. Kathrin Schöber, Bundeskriminalamt a.D., jetzt privat tätig in Wiesbaden).
2. **Kreditkartenabrechnung Bankert:** Beantragung der Kreditkartenabrechnung (September 2020) über Akteneinsicht; Nachweis Reise nach Vaduz.
3. **Zeugenbefragung Geweke:** Antrag auf Vernehmung Hartmut Geweke zu seiner Anwesenheit in Vaduz. (Geweke hat bislang weitgehend geschwiegen; sein Strafvorwurf wurde gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt, er ist daher als Zeuge verfügbar.)
4. **Rechtshilfe Liechtenstein:** Anfrage an die liechtensteinischen Behörden, ob der Treuhandvertrag dort registriert oder notariell beglaubigt wurde.

5.3 Gesellschaftsrechtliche Frage

Selbst wenn der Treuhandvertrag echt ist: War die Übertragung von Gesellschaftsmitteln in einen Liechtenstein-Trust ohne Gesellschafterbeschluss gemäß § 37 GmbHG mit der Geschäftsführerpflicht vereinbar? Dies hängt davon ab, ob es sich um eine gewöhnliche oder eine außergewöhnliche Maßnahme handelte. Bei einem Betrag von 870.000 EUR (ca. 20 % des Jahresumsatzes der BIA GmbH im Jahr 2020) spricht Vieles für eine außergewöhnliche Maßnahme, die eines Gesellschafterbeschlusses bedurft hätte.

Gegenargument: Wenn Geweke (49 % Gesellschafter) mündlich zugestimmt hat, könnte ein wirksamer konkludenter Gesellschafterbeschluss vorliegen — nach der Rechtsprechung des BGH (BGH, Urteil vom 22.06.1992 — II ZR 178/90: BGH zur Wirksamkeit mündlicher GmbH-Gesellschafterbeschlüsse) ist ein schriftliches Protokoll für einfache Beschlüsse nicht zwingend erforderlich.

6. Nächste Schritte

- [] Gegenschachverständigen Schriftvergleich beauftragen (Frist: 25.05.2025)
- [] Antrag auf Kreditkartenauszüge September 2020 per Akteneinsicht
- [] Beweisantrag Geweke-Vernehmung vorbereiten
- [] Rechtshilfe Liechtenstein über Gericht beantragen

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLS 122/25

Datei: 16_mandantenbrief_marx_an_bankert.md

Mandantenbrief — Dr. Marx an Daniel Albert Bankert (JVA Frankfurt I)

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer Landstraße 84 60323 Frankfurt am Main

An: Herrn Daniel Albert Bankert — persönlich/vertraulich — JVA Frankfurt I Haftraum C 3.12 Hammelsgasse 5 60311 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, **12. Mai 2025**

Verteidigungskorrespondenz — § 148 StPO — geschützt

Sehr geehrter Herr Bankert,

ich berichte Ihnen über den Stand Ihres Verfahrens und die nächsten Schritte. Bitte bewahren Sie diesen Brief an einem sicheren Ort auf und vernichten Sie ihn, wenn Sie ihn nicht mehr benötigen. Zeigen Sie ihn keiner anderen Person.

I. Stand der Haftbeschwerde

Ich habe am 09. Mai 2025 Haftbeschwerde beim Landgericht Frankfurt am Main eingelegt (Aktenstück 12 dieser Akte). Die Kammer hat mir mitgeteilt, dass eine Entscheidung bis zum **19. Mai 2025** zu erwarten ist. Ich schätze die Erfolgsaussichten auf Aufhebung des Haftbefehls als gering ein — die Kammer neigt dazu, den Haftgrund Fluchtgefahr zu bestätigen. Realistischer ist eine Außervollzugsetzung gemäß § 116 StPO mit Auflagen (Passabgabe, Meldepflicht, Sicherheitsleistung). Hierüber werde ich Sie unverzüglich informieren.

Um die Sicherheitsleistung für eine mögliche § 116-Anordnung vorzubereiten: Teilen Sie mir bitte mit, ob Sie oder Ihre Ehefrau über liquide Mittel verfügen, die innerhalb von 3 Tagen als Bankbürgschaft zur Verfügung gestellt werden könnten (wir haben 500.000 EUR als Angebot angeführt).

II. Verständigung § 257c StPO

Sie kennen das Angebot der Staatsanwaltschaft: Geständnis zu Betrug (14 Fälle) und Steuerhinterziehung (4 VZ) gegen Einstellung Untreue und Bestechung, Gesamtstrafe 3 Jahre 9 Monate.

Meine Einschätzung nach reiflicher Überlegung:

Pro Verständigung:

- Das Hauptverhandlungsrisiko ist erheblich. Sollten alle Vorwürfe bestätigt werden, ist mit 6–8 Jahren Freiheitsstrafe zu rechnen.
- Die U-Haft wird angerechnet; das effektive Strafende läge bei guter Führung ca. Herbst 2027.
- Der Unternehmensfortbestand der BIA GmbH könnte bei einer Bewährungsstrafe (nicht möglich bei 3 J. 9 M.) gesichert werden; bei 3 J. 9 M. aber nach 2/3 Verbüßung (ca. Dez. 2027) mit geplanter Rückkehr.

Contra Verständigung:

- Die Zeugenaussagen Pollmann und Kohlrausch sind erheblich angreifbar (vgl. Aktenstücke 06, 07).
- Das Gegengutachten zur Maschinenbewertung könnte die Schadenshöhe erheblich reduzieren.
- Bei einem Geständnis zu 14 Betrugsfällen ist eine deutlich niedrigere Straferwartung bei Freispruch in Teilbereichen nicht realisierbar.

Mein Gegenvorschlag (den ich der Staatsanwaltschaft vortragen würde, wenn Sie das wünschen):

- Geständnis zu 10 der 14 Betrugsfälle (Fälle mit stärkerer Beweislage) und zu 2 der 4 Steuerhinterziehungsfälle (VZ 2020 und 2021)
- Einstellung der verbleibenden 4 Betrugsfälle + Untreue + Bestechung
- Strafziel: 3 Jahre (Bewährungsgrenze nicht überschritten wäre besser, ist aber unrealistisch — 3 Jahre wäre unter § 57 mit U-Haftanrechnung faktisch ca. 1,5 Jahre Restvollzug)

Ihre Entscheidung ist bis zum 21. Mai 2025 erforderlich, damit ich bis zur Frist (23. Mai) antworten kann. Bitte schreiben Sie mir schriftlich oder geben Sie mir Nachricht über den Sozialarbeiter (Herr Lehmann, JVA), damit wir einen Besuchstermin vereinbaren.

III. Unternehmensangelegenheiten

Ich habe Kontakt zu Ihrem Prokuristen Thomas Heilig aufgenommen (gemäß Ihrer Vollmacht). Herr Heilig schildert die Lage der BIA GmbH als kritisch: Der Kreditrahmen (1,2 Mio. EUR, Commerzbank) ist gekündigt; zwei laufende Aufträge (Gesamtwert ca. 380.000 EUR) stehen wegen Ihrer Abwesenheit auf der Kippe. Herr Heilig hat eine Vollversammlung der Belegschaft für den 16. Mai 2025 anberaumt.

Ich empfehle, Herrn Heilig per schriftlicher Anweisung (die ich Ihnen gern vorbereite) zu ermächtigen, die Kreditgespräche mit der Commerzbank zu führen und ggf. eine Restrukturierungsberatung (z.B. Kanzlei für Sanierungs- und Insolvenzrecht) einzuschalten. Wenn Sie möchten, übernehme ich die Koordination.

IV. Gesellschafterkonflikt Geweke

Hartmut Geweke hat am 05. Mai 2025 einen Gesellschafterstreit angekündigt (Abberufung als Geschäftsführer, Klage auf Rückzahlung der Liechtenstein-Überweisungen). Dieser Konflikt ist für das Strafverfahren zwar getrennt zu betrachten, kann aber strategisch genutzt werden: Gewekes Wissen über die Liechtenstein-Überweisungen und seine mündliche Zustimmung sind für die Verteidigung im Strafverfahren wertvoll. Ich werde Geweke als Zeugen benennen.

V. Nächste Besuchstermine

Ich plane folgenden Besuch:

- **Montag, 19. Mai 2025, 10:00 Uhr**, JVA Frankfurt I, Anwaltsbesuchsraum B-07 — um die Entscheidung zur Verständigung zu besprechen.

Bitte bestätigen Sie über den JVA-Sozialarbeiter.

Ich wünsche Ihnen soweit möglich Ruhe und Geduld. Wir tun alles, um Ihre Situation zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Marx Strafverteidigung Frankfurt

Verteidigungskorrespondenz — § 148 StPO — geschützt

Az.: 5/28 KLS 122/25 — Az. StA: 5400 Js 14782/24

Datei: 17_email_korrespondenz_marx_staatsanwaltschaft.md

E-Mail-Korrespondenz Marx — Staatsanwaltschaft (Übersicht)

Marx Strafverteidigung Frankfurt Interne Ablage — Auszüge aus eml/-Ordner Az.: 5/28 KLS 122/25 / 5400 Js 14782/24

Übersicht der dokumentierten E-Mail-Korrespondenz

Nr.	Datum	Von	An	Betreff	Datei
1	25.03.2025	marx@marx-strafverteidigung.de	wallisich@sta-frankfurt.de	Akteneinsichtsantrag § 147 StPO	eml/01_marx_an_sta_akteneinsicht_25032025.eml
2	01.04.2025	wallisich@sta-frankfurt.de	marx@marx-strafverteidigung.de	AW: Akteneinsicht gewährt	eml/02_sta_an_marx_akteneinsicht_01042025.eml
3	08.05.2025	marx@marx-strafverteidigung.de	heilig@bankert-ia.de	Informationsschreiben Prokurist	eml/03_marx_an_mandantenehefrau_08052025.eml
4	12.05.2025	wallisich@sta-frankfurt.de	marx@marx-strafverteidigung.de	Haftbeschwerde — Stellungnahme StA	eml/04_sta_an_marx_haftbeschwerde_12052025.eml

Vollständige EML-Dateien im Ordner eml / — dieser Übersichtsartikel dient der internen Navigation.

Zusammenfassung E-Mail 1: Marx an StA (25.03.2025)

Betreff: Akteneinsichts Antrag gemäß § 147 StPO — Az. 5400 Js 14782/24

Von: Dr. Friederike Marx (marx@marx-strafverteidigung.de)

An: OStA Dr. Henning Wallisch (wallisch@sta-frankfurt.de)

Datum: 25.03.2025, 14:22 Uhr

Kurze Begleit-E-Mail zum Antrag auf Akteneinsicht (vgl. Aktenstück 05). Dr. Marx bestätigt die Mandatsannahme, bittet um Empfangsbestätigung und weist auf die besondere Eilbedürftigkeit im Hinblick auf die laufende Untersuchungshaft hin.

Zusammenfassung E-Mail 2: StA an Marx (01.04.2025)

Betreff: AW: Akteneinsichts Antrag gemäß § 147 StPO — Az. 5400 Js 14782/24

Von: Dr. Henning Wallisch (wallisch@sta-frankfurt.de)

An: Dr. Friederike Marx (marx@marx-strafverteidigung.de)

Datum: 01.04.2025, 10:05 Uhr

Wallisch gewährt vollständige Akteneinsicht in 14 digitale Bände (PDF). Ankündigung der Übermittlung per gesichertem Download-Link der Staatsanwaltschaft. Hinweis, dass die Sichergestellten Datenträger (vgl. Durchsuchung 11.03.2025) der richterlichen Siegelung unterliegen und nicht Gegenstand der Akteneinsicht sind, solange die richterliche Entscheidung aussteht.

Zusammenfassung E-Mail 3: Marx an Kanzleirezeption (08.05.2025)

Betreff: Wichtig — Mandantensache Bankert — Terminplanung

Von: Dr. Friederike Marx (marx@marx-strafverteidigung.de)

An: Kanzlei-Rezeption (empfang@marx-strafverteidigung.de)

Datum: 08.05.2025, 16:44 Uhr

Interne E-Mail an die Kanzleirezeption: Dr. Marx bittet, alle eingehenden Korrespondenz zur Sache Bankert sofort weiterzuleiten und alle telefonischen Anfragen (insbesondere von Journalisten) auf die Pressemitteilung der Kanzlei zu verweisen (keine Auskünfte zum laufenden Verfahren).

Zusammenfassung E-Mail 4: StA an Marx — Haftbeschwerde (12.05.2025)

Betreff: StA Frankfurt — Az. 5400 Js 14782/24 — Stellungnahme Haftbeschwerde

Von: Dr. Henning Wallisch (wallisch@sta-frankfurt.de)

An: Dr. Friederike Marx (marx@marx-strafverteidigung.de)

Datum: 12.05.2025, 09:31 Uhr

Wallisch teilt mit, dass die Staatsanwaltschaft der Haftbeschwerde entgegentritt und die Aufrechterhaltung des Haftbefehls beantragt. Begründung: Die angeführten mildernden Umstände (wirtschaftliche Situation GmbH, Familienbindungen Frankfurt) seien im Rahmen der Verhältnismäßigkeit bereits bei Haftbefehlserlass berücksichtigt worden. Die Gefahr der Vermögensverschiebung ins Ausland bestehe fort. Wallisch weist auch darauf hin, dass die Liechtenstein-Rechtshilfe bislang keine Einfrierungsbestätigung erbracht hat.

Vollständige Dateien in eml/ — Az. 5/28 KLS 122/25

Datei: 18_pressemitteilung_staatsanwaltschaft_redacted.md

Pressemitteilung Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main — Redigierte Fassung

[Verteidigungsexemplar — vollständige Version bei Staatsanwaltschaft]

PRESSEMITTEILUNG

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Pressestelle Konrad-Adenauer-Straße 20 60313 Frankfurt am Main presse@sta-frankfurt.de

Anklage und Untersuchungshaft wegen gewerbsmäßigen Betrugs, Untreue, Bestechung und Steuerhinterziehung

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main teilt mit:

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat das Landgericht Frankfurt am Main — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer — am 14. März 2025 einen Haftbefehl gegen einen **46-jährigen Geschäftsführer eines Frankfurter Unternehmens der Investitionsgüterbranche** (nachfolgend: der Beschuldigte) erlassen. Der Beschuldigte befindet sich seit dem 17. März 2025 in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I.

[■■■■ Satz mit vollständigem Klarnamen — auf richterliche Anordnung geschwärzt bis Anklageerhebung — redigierte Version für Öffentlichkeit]

Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, im Zeitraum von 2019 bis 2022 in **14 Fällen** durch falsche Angaben zu technischen Eigenschaften und Zertifizierungen von Industriemaschinen einen Großabnehmer getäuscht und dabei einen Schaden von insgesamt ca. ■■■■■■■■■■ EUR [Betrag geschwärzt] verursacht zu haben (Verdacht des gewerbsmäßigen Betrugs, § 263 Abs. 3 StGB).

Darüber hinaus besteht der Verdacht, dass der Beschuldigte als Geschäftsführer Gesellschaftsmittel im Umfang von ca. ■■■■■■■■■■ EUR [geschwärzt] ohne rechtfertigenden Gesellschafterbeschluss ins Ausland transferiert hat (Verdacht der Untreue, § 266 StGB), dass er **drei Einkäufer** eines Großabnehmers bestochen hat, um Aufträge zu sichern (§ 334 StGB), sowie dass er über mehrere Jahre Steuern in erheblichem Umfang verkürzt hat (§ 370 AO).

Die Ermittlungen wurden von der Abteilung Wirtschaftskriminalität der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Hessen (Dezernat Wirtschaftskriminalität) und der Steuerfahndung Frankfurt geführt.

Haftgrund: Das Landgericht Frankfurt am Main hat Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO) bejaht.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Beschuldigte unschuldig ist, bis seine Schuld rechtskräftig festgestellt wird (Unschuldsvermutung). Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Rückfragen an: Pressestelle der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Tel.: 069 / 1367-5500 Erreichbar Montag bis Freitag, 9–17 Uhr

*[Redigierte Version gemäß Beschluss des LG Frankfurt v. 14.03.2025 — für Verteidigungsakte.

Vollständige Version der Pressemitteilung ist öffentlich zugänglich; die vorstehende Version entspricht der Fassung, die die Kanzlei am 17.03.2025 aus öffentlichen Quellen dokumentiert hat. Klarnamen wurden für diese Aktenkopie auf Wunsch der Kanzlei anonymisiert — Originalfassung nennt Familienname und Funktion.]*

Kanzleivermerk zur Pressemitteilung (Dr. Marx, 17.03.2025)

Die Pressemitteilung wurde noch vor der Einlieferung des Mandanten in die JVA veröffentlicht. Dies ist verfahrenstaktisch bedenklich: Die Nennung der Tatvorwürfe in der Öffentlichkeit zum jetzigen Zeitpunkt (kein rechtskräftiges Urteil) birgt das Risiko einer Vorverurteilung. Der Mandant ist im Markt als Geschäftsführer einer mittelständischen GmbH bekannt; die Presse hat die Mitteilung überregional aufgegriffen.

Mögliche Rechtsmittel: Eine Gegendarstellung nach § 10 Hessisches Pressegesetz oder eine Anfrage an die Pressestelle der StA, bestimmte Details zurückzunehmen, ist erwägenswert. Die Nennung des Unternehmens in weiteren Berichten ist jedoch nicht mehr zu verhindern.

Kanzlei hat für Anfragen von Journalisten die Formulierung vorbereitet: „Unser Mandant bestreitet die erhobenen Vorwürfe vollumfänglich. Das Strafverfahren ist nicht abgeschlossen; eine Verurteilung hat nicht stattgefunden.“*

Az.: 5/28 KLS 122/25 — Az. StA: 5400 Js 14782/24

Datei: 19_einlassung_entwurf_bankert.md

Einlassung des Angeklagten — Entwurf (Vertraulich)

Marx Strafverteidigung Frankfurt

ENTWURF — NOCH NICHT AUTORISIERT — Vertraulich § 53 StPO Erstellt von: Dr. Friederike Marx
Datum: 15. Mai 2025 Az.: 5/28 KLS 122/25

Hinweis: Dieser Entwurf der Einlassung ist ausschließlich für interne Verteidigungszwecke bestimmt und unterliegt dem Anwaltsgeheimnis. Er ist kein Geständnis und kein Eingeständnis. Die endgültige Entscheidung über Inhalt und Zeitpunkt einer Einlassung in der Hauptverhandlung trifft der Angeklagte persönlich nach Beratung mit seiner Verteidigerin.

Einlassung des Angeklagten Daniel Albert Bankert zur Hauptverhandlung

Angeklagter: Daniel Albert Bankert

Verfahren: LG Frankfurt am Main, 5/28 KLS 122/25

HV-Beginn: 23. Juni 2025

I. Vorbemerkung

Ich bin Daniel Albert Bankert. Ich bin 46 Jahre alt und lebe seit meiner Geburt in Frankfurt am Main. Ich habe 2003 ein Ingenieurstudium an der TU Darmstadt abgeschlossen und 2009 die Bankert Industrieautomation GmbH gegründet. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 23 Mitarbeiter; ich bin der alleinige Gesellschafter-Geschäftsführer.

Ich bestreite alle gegen mich erhobenen Vorwürfe. Ich bin kein Betrüger, kein Untreue-Täter und kein Steuerbetrüger. Ich werde im Folgenden zu den einzelnen Vorwürfen Stellung nehmen.

II. Zum Betrugsvorwurf (§ 263 Abs. 3 StGB)

Es ist richtig, dass mein Unternehmen im Zeitraum 2019 bis 2022 insgesamt 14 Verträge mit der ABC Großabnehmer SE über die Lieferung von Industrieanlagen und Automatisierungskomponenten abgeschlossen hat.

Es ist **nicht** richtig, dass ich dabei falsche Angaben über die technische Qualität oder die Herkunft der Anlagen gemacht habe, um die ABC SE zu täuschen.

Was tatsächlich geschehen ist:

In meiner Branche ist es seit Jahren üblich, sogenannte „Remanufactured“-Anlagen — also überarbeitete, generalüberholte Gebrauchtgeräte — an Kunden zu liefern. Diese Anlagen werden von spezialisierten Aufarbeitungsbetrieben in Deutschland und Osteuropa nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert und entsprechen in ihrer technischen Leistungsfähigkeit oft Neugeräten. Der Preis liegt zwischen 60 und 80 Prozent des Neupreises.

Ich habe mit Sven Pollmann, dem damaligen Leiter Einkauf der ABC SE, **im Januar 2020 in Frankfurt** ein persönliches Gespräch geführt, in dem ich ihm erläutert habe, dass ich für bestimmte Komponenten auf Remanufactured-Anlagen zurückgreife. Pollmann hat dies — wie er selbst in seiner zweiten Vernehmung eingeräumt hat — zur Kenntnis genommen und nicht beanstandet.

Die in den Lieferdokumenten verwendete Bezeichnung „Neuware“ war intern bei meiner GmbH eine Kurzbezeichnung für generalüberholte Anlagen, die dem technischen Neuwert entsprechen. Ich gebe zu, dass diese Bezeichnung missverständlich war. Aber eine vorsätzliche Täuschung war damit nicht verbunden.

Zur Aussage von Yvonne Kohlrausch: Frau Kohlrausch war bei mir beschäftigt, bis ich sie im Oktober 2023 freigestellt habe. Ich habe sie nicht wegen „Unregelmäßigkeiten“ entlassen, aber es gab erhebliche Differenzen über ihre Aufgaben und ihre Vergütungserwartungen. Sie hat mir vor der Freistellung schriftlich mitgeteilt, dass sie Unterlagen „gesichert“ habe. Ich halte ihre Aussagen für von persönlichen Motiven geleitet und in wesentlichen Teilen unzutreffend.

III. Zum Untreuevorwurf (§ 266 StGB)

Es ist richtig, dass ich zwischen Oktober 2020 und März 2022 insgesamt 870.000 EUR von Konten der BIA GmbH an die ■■■■■■ Treuhand in Vaduz überwiesen habe.

Diese Überweisungen erfolgten aufgrund eines Treuhandvertrags, den ich gemeinsam mit Hartmut Geweke im September 2020 in Vaduz abgeschlossen habe. Der Vertrag — Anlage B14 — wurde vor Ort unterschrieben. Hartmut Geweke war dabei anwesend. Er hat dem Vertrag ausdrücklich zugestimmt.

Dass der Sachverständige Tremblay an der Echtheit des Vertrags zweifelt, vermag mich nicht zu überzeugen. Ich habe meiner Verteidigerin mitgeteilt, wo Belege für meine Reise nach Vaduz im September 2020 zu finden sind. Ich bin zuversichtlich, dass ein unabhängiges Gutachten die Echtheit des Vertrags bestätigen wird.

Die Mittel im Trust sind nicht verschwunden. Sie stehen — nach Abzug der Treuhandgebühren — nach wie vor zur Verfügung und können auf Anordnung des Gerichts zurückgeführt werden.

IV. Zum Bestechungsvorwurf (§ 334 StGB)

Ich bestreite, Pollmann oder andere Einkäufer der ABC SE Bargeld oder geldwerte Vorteile mit dem Ziel gewährt zu haben, mir unberechtigte Vorteile bei der Auftragsvergabe zu verschaffen.

Es hat im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung übliche Bewirtungen und Einladungen zu Veranstaltungen gegeben — dies entspricht dem branchenüblichen Kundenbeziehungsmanagement. Ein etwaiger Besuch in Dubai im Jahr 2021 war eine gemeinsame Dienstreise, bei der wir einen potenziellen Zulieferer besichtigt haben. Ich bestreite, dass Pollmann dabei auf meine Kosten gereist ist.

Die angeblichen Barzahlungsbelege (Bd. VII) stammen nach meiner Überzeugung aus der Buchhaltung von Hartmut Geweke, nicht aus meiner Sphäre. Ich fordere eine vollständige Aufklärung über die Herkunft dieser Belege.

V. Zum Steuerhinterziehungsvorwurf (§ 370 AO)

Ich habe alle Steuererklärungen von meinem Steuerberater, Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Bruns, erstellen lassen. Ich habe ihm alle relevanten Unterlagen übergeben und darauf vertraut, dass die Erklärungen korrekt sind. Über etwaige steuerliche Besonderheiten bei der Verbuchung bestimmter Geschäftsvorfälle hat Herr Bruns mich nicht aufgeklärt.

Ich habe die Steuererklärungen unterschrieben, ohne von ihrer Unrichtigkeit zu wissen. Der für § 370 AO erforderliche Vorsatz fehlt.

VI. Schlussbemerkung

Ich verstehe, dass das Gericht die Beweise sorgfältig prüfen wird. Ich vertraue der deutschen Justiz und bin bereit, an der vollständigen Aufklärung aller Umstände mitzuwirken. Ich bitte das Gericht, die Aussagen der Belastungszeugen kritisch zu hinterfragen und die in der Hauptverhandlung dargelegten Entlastungsbeweise zu berücksichtigen.

[ENTWURF — Dr. F. Marx, Marx Strafverteidigung Frankfurt, 15.05.2025 — nicht autorisiert]

Az.: 5/28 KLS 122/25

Datei: 20_adhaesionsantrag_abc_3_8_mio.md

Adäsionsantrag ABC Großabnehmer SE — Aktenvermerk und Gegenstrategie

Marx Strafverteidigung Frankfurt

Vertraulich — Anwaltsgeheimnis § 53 StPO Erstellt von: Dr. Friederike Marx Datum: 09. Mai 2025 Az.: 5/28 KLS 122/25

1. Adäsionsantrag — Überblick

Antragstellerin: ABC Großabnehmer SE

Bevollmächtigter: RA Michael Krämer, Krämer Hauck Rechtsanwälte, Frankfurt

Eingereicht: 05. Mai 2025 beim LG Frankfurt am Main, 14. Große Wirtschaftsstrafkammer

Zugestellt an Verteidigung: 07. Mai 2025 per beA

Gesamtforderung: 3.800.000 EUR Schadensersatz zuzüglich Zinsen seit 01.01.2023: 5 Prozentpunkte über Basiszinssatz

2. Aufschlüsselung der Forderungen

Laut Adäsionsantrag (Az. LG Frankfurt 5/28 KLS 122/25 Adhäsion) gliedert sich der Schaden wie folgt:

Vertragsgruppe	VZ	Vertragsanzahl	Geford. Schadensersatz
Gruppe A — Schweißroboter	2019	3	580.000 EUR

Vertragsgruppe	VZ	Vertragsanzahl	Geford. Schadensersatz
Gruppe B — Montageautomation	2020	4	920.000 EUR
Gruppe C — Prüfautomaten	2021	4	1.100.000 EUR
Gruppe D — Fördertechnik	2022	3	1.200.000 EUR
Gesamt		**14**	**3.800.000 EUR**

Auffällig: Die Summe liegt 500.000 EUR unter dem in der Anklageschrift genannten Betrag (4.300.000 EUR). RA Krämer hat dies in einer kurzen Fußnote damit begründet, dass interne Revisionskosten, Betriebsunterbrechungsschäden und Folgeschäden aus Wartungsverträgen ausdrücklich nicht Gegenstand des Adäsionsantrags sind und für eine gesonderte Zivilklage vorbehalten bleiben.

3. Rechtliche Grundlagen und Zulässigkeit

§ 403 StPO ermöglicht Verletzten, Ansprüche aus der Straftat im Strafverfahren geltend zu machen. Voraussetzungen:

1. **Verletzteneigenschaft:** Die ABC SE ist durch die behaupteten Betrugstaten in ihrem Vermögen geschädigt worden — sofern die Tatvorwürfe zutreffen. Dies ist verfahrensimmanent.
2. **Anspruchsgrundlage:** Schadensersatz wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung (§§ 823 Abs. 2, 826 BGB i.V.m. § 263 StGB). Bei einem Betrug ist § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. dem Schutzgesetz § 263 StGB die naheliegende Grundlage.
3. **Zulässigkeit im Strafverfahren:** Das Gericht kann gemäß § 406 StPO im Urteil über den Anspruch entscheiden oder von einer Entscheidung absehen, wenn sie das Strafverfahren wesentlich verzögern würde oder wenn der Anspruch nicht hinreichend dargetan ist. Bei einem Streitwert von 3,8 Mio. EUR und einem komplexen Strafverfahren ist damit zu rechnen, dass das Gericht die Entscheidung gemäß § 406 Abs. 1 S. 4 StPO verweigert und den Zivilrechtsweg empfiehlt.

4. Gegenstrategie der Verteidigung

4.1 Antrag auf Verweisung

Die Verteidigung wird beantragen, dass das Gericht gemäß § 406 Abs. 1 S. 4 StPO von der Entscheidung über den Adäsionsantrag absieht. Begründung:

- Die Schadensberechnung der ABC SE ist komplex und erfordert eine eigenständige Beweisaufnahme über den tatsächlichen Wert der gelieferten Anlagen — dies würde das Strafverfahren erheblich verzögern.
- Der Streitwert von 3,8 Mio. EUR übersteigt die Grenzen, die im Rahmen eines ohnehin komplexen Wirtschaftsstrafverfahrens ohne erhebliche Verzögerung bewältigt werden können.
- Die Gegenforderungen und Einwendungen des Angeklagten (Wissensstand Pollmann, Mitverantwortung der ABC-internen Prüfstelle) können im Strafverfahren nicht vollständig gewürdigt werden.

4.2 Bestreiten der Schadenshöhe

Hilfsweise — falls das Gericht den Adäsionsantrag nicht verweist — wird die Verteidigung die geltend gemachten Schadensbeträge substantiiert bestreiten:

- Das Gegengutachten zur Maschinenbewertung (vgl. Aktenstück 08) soll belegen, dass der tatsächliche Minderwerter deutlich geringer ist als vom Anklagegutachten berechnet.
- Für Gruppe A (Schweißroboter 2019) bestreitet die Verteidigung jeden Schaden: Die gelieferten Anlagen liefen nachweislich mehrere Jahre störungsfrei (vgl. Wartungsprotokolle, Bd. X).
- Für Gruppe D (Fördertechnik 2022) hat die ABC SE die gelieferten Anlagen nach eigenen Angaben noch bis Juni 2023 im Betrieb eingesetzt — eine schadlos genutzte Anlage ist nicht wertlos.

4.3 Mitverschulden ABC SE (§ 254 BGB)

Die ABC SE hat nach eigenem Bekunden interne Qualitätsprüfungen vorgesehen (Prüfvermerk ab 150.000 EUR, der in 4 von 14 Fällen fehlte). Fehlendes Eigenverschulden der Käuferin ist auch zivilrechtlich relevant (§ 254 BGB). Die Mitverantwortung der ABC SE soll im Adäsionsverfahren geltend gemacht werden.

5. Außergerichtliche Vergleichsoption

RA Krämer hat informell angedeutet, dass ein außergerichtlicher Vergleich für die ABC SE in Betracht käme, wenn eine „substantielle“ Zahlung gesichert sei. Als Untergrenze wurde informell ein Betrag von ca. 1,8–2,0 Mio. EUR genannt.

Im Rahmen der laufenden Verständigungsgespräche könnte eine koordinierte Lösung angestrebt werden: Geständnis im Strafverfahren + Zivilvergleich ABC + Einstellung Untreue. Hierdurch ließe sich das Gesamtrisiko des Mandanten deutlich reduzieren.

Empfehlung: Sobald die Entscheidung über die Verständigung fällt, separate Vergleichsgespräche mit RA Krämer aufnehmen.

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLS 122/25

Datei: 21_kanzleinotiz_strategiekonferenz.md

Kanzleinotiz — Strategiekonferenz Bankert

Marx Strafverteidigung Frankfurt

Vertraulich — Anwaltsgeheimnis § 53 StPO Datum: 20. Mai 2025, 14:00–17:30 Uhr Ort: Kanzlei Marx Strafverteidigung Frankfurt, Bockenheimer Landstraße 84, Besprechungsraum 2 Teilnehmer: Dr. Friederike Marx (Verteidigerin), Dipl.-Kfm. Olaf Strenger (wirtschaftlicher Berater, extern), RAin Kirsten Dabel (assoziierte Anwältin, Steuerrecht), Stud. jur. Maximilian Probst (Referendar) Protokoll: RAin Dabel (redigiert Dr. Marx, 21.05.2025)

1. Agenda

1. Auswertung Haftbeschwerde-Entscheidung
2. Entscheidung Verständigung § 257c StPO
3. Hauptverhandlungsstrategie

4. Adäsionsantrag und Zivilvergleich
5. Gesellschafterkonflikt Geweke / Unternehmensfortbestand
6. Sonstiges / Fristenübersicht

2. Haftbeschwerde (TOP 1)

Das Landgericht Frankfurt am Main hat die Haftbeschwerde vom 09. Mai 2025 mit Beschluss vom **16. Mai 2025** (Az. 5/28 KLS 122/25) zurückgewiesen und den Haftbefehl aufrechterhalten. Haftgrund Fluchtgefahr wurde bestätigt. Die Kammer hat jedoch angedeutet, dass bei Vorlage einer geeigneten Sicherheitsleistung (500.000 EUR Bankbürgschaft) eine Außervollzugsetzung nach § 116 StPO „nicht ausgeschlossen“ sei.

Beschluss: Dr. Marx unternimmt die nötigen Schritte, eine Bankbürgschaft der Ehefrau Bankert (Zürich) zu organisieren. Frist: 26. Mai 2025. Strenger übernimmt Liaison zu Schweizer Bank.

3. Verständigung § 257c StPO (TOP 2)

Bankerts Entscheidung (mündlich beim Haftbesuch 19.05.2025): Der Mandant hat sich entschlossen, das Verständigungsangebot **nicht** in der angebotenen Form anzunehmen, aber einen **Gegenvorschlag** zu machen:

- Geständnis zu 10 von 14 Betrugsfällen (Gruppen B, C, D — in Gruppe A wird Freispruch angestrebt)
- Geständnis zu Steuerhinterziehung in VZ 2020 und 2021 (nicht 2019 und 2022, da dort Vorsatz bestritten)
- Zahlung von 400.000 EUR Steuernachzahlung bis Hauptverhandlungsbeginn
- Zielstrafe: 3 Jahre (nicht 3 Jahre 9 Monate)

Bewertung Konferenz: Die Staatsanwaltschaft wird den Gegenvorschlag wahrscheinlich ablehnen; sie hat wenig Flexibilität beim Strafmaß nach oben (Nachfrage beim Gericht). Wahrscheinlich wird das Angebot auf 3 Jahre 6 Monate als Kompromiss angepasst.

Beschluss: Dr. Marx übermittelt Gegenvorschlag an OStA Wallisch bis 22.05.2025 (Frist 23.05.2025 ist demnächst). Telefonischer Kontakt vorab.

4. Hauptverhandlungsstrategie (TOP 3)

Konsensuell erarbeitet die Konferenz folgende Strategie (für den Fall, dass keine Verständigung zustande kommt):

4.1 Betrugsvorwurf

Kernstrategie: Irrtum des Verfügenden erschüttern; Wissen Pollmanns über Remanufactured-Anlagen beweisen.

Beweismittel (geplant):

- Bankerts persönliche Einlassung (vgl. Aktenstück 19)
- Widersprüche in Pollmanns Aussagen (vgl. Aktenstück 06)
- Gegengutachten Maschinenbewertung (Prof. Helbig, Beauftragung läuft)
- Wartungsprotokolle ABC SE (Bd. X) — Anlagen liefen störungsfrei

- Beweisantrag auf Herausgabe interner ABC-Kommunikation (Nov. 2022 vor offizieller Revision)

4.2 Untreue

Kernstrategie: Echtheit Treuhandvertrag Anlage B14 beweisen; mündliche Geweke-Zustimmung belegen.

Beweismittel:

- Gegengutachten Schriftvergleich (Frist 25.05.2025)
- Kreditkartenabrechnung Sept. 2020 (Reise Vaduz)
- Zeuge: Hartmut Geweke (Beweisantrag auf Ladung)

4.3 Bestechung

Kernstrategie: Keine eigene Strafbarkeit; alternativ: Herkunft der Belege aus Geweke-Sphäre.

Beweismittel:

- Bankkonten Geweke (Beweisantrag auf Kontoauszüge)
- Kohlrausch-E-Mail (Bd. IX, Bl. 1880) — Eigenmotiv der Zeugin

4.4 Steuerhinterziehung

Kernstrategie: Kein Vorsatz; Steuerberater-Verantwortlichkeit.

Beweismittel:

- Zeuge: Steuerberater Hans-Jürgen Bruns (Ladung; § 53 StPO Zeugnisverweigerungsrecht prüfen)
- Vollständige Buchhaltungsunterlagen BIA GmbH 2019–2022

5. Adäsionsantrag und Zivilvergleich (TOP 4)

Strenger empfiehlt, parallel zum Strafverfahren einen Zivilvergleich mit der ABC SE vorzubereiten.

Richtwert: 1,5–2,0 Mio. EUR. Dr. Marx nimmt Kontakt zu RA Krämer auf. Voraussetzung: Mandant muss Zahlung finanzieren können — Prüfung Deckung durch Trust-Mittel (Liechtenstein) oder Immobilienvermögen Bankert.

6. Gesellschafterkonflikt Geweke / Unternehmensfortbestand (TOP 5)

Geweke hat Klage auf Abberufung Bankert als Geschäftsführer angekündigt (Arbeitsgericht?, nein: LG Zivilkammer). Dabel übernimmt die gesellschaftsrechtliche Beratung. Prüfung: Ob Gerichtsentscheidung vor der HV fällt; wenn ja, könnte Unternehmensleitung auf Heilig übergehen — was die Fluchtgefahrprognose möglicherweise reduziert.

Insolvenzgefahr der BIA GmbH: Dabel leitet an Insolvenzberater Kanzlei Reinhart & Schmölzer weiter.

7. Fristenübersicht (TOP 6)

Frist	Datum	Verantwortlich
Gegenvorschlag § 257c an StA	22.05.2025	Dr. Marx

Frist	Datum	Verantwortlich
Sicherheitsleistung (Bankbürgschaft)	26.05.2025	Strenger / Dr. Marx
Schriftgutachten Anlage B14	25.05.2025	Dr. Marx (Beauftragung)
Gegengutachten Maschinenbewertung	10.06.2025	Dr. Marx (Beauftragung)
Beweisantrag an LG Frankfurt	09.06.2025	Dr. Marx / Dabel
HV-Beginn	23.06.2025	—

Nächste Konferenz: 02.06.2025, 10:00 Uhr — Dr. Marx

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLs 122/25

Datei: 22_fristenkalender_hauptverhandlung_lg.md

Fristenkalender Hauptverhandlung — LG Frankfurt, 5/28 KLs 122/25

Marx Strafverteidigung Frankfurt

Kanzlei-intern — Fristen und HV-Planung Erstellt: 12. Mai 2025 — Laufend aktualisiert Az.: 5/28 KLs 122/25 / 5400 Js 14782/24

Übersicht Hauptverhandlungstermine (LG Frankfurt, 14. Gr. WiStK)

HV-Tag	Datum	Beginn	Geplante Inhalte
1	23.06.2025 (Mo.)	09:30 Uhr	Eröffnung, Zulassung Nebenklage, Verlesung Anklage, Erklärung Angeschuldigter
2	24.06.2025 (Di.)	09:30 Uhr	Einlassung Angeschuldigter (falls abgegeben), Antrag Verteidigung
3	26.06.2025 (Do.)	09:30 Uhr	Zeuge Pollmann (StA), Zeuge Pollmann (Nebenklage), Zeuge Pollmann (Verteidigung)
4	01.07.2025 (Di.)	09:30 Uhr	Zeugin Kohlrausch; Zeuge Geweke
5	03.07.2025 (Do.)	09:30 Uhr	Sachverständiger Ohlsen (Steuern)

HV-Tag	Datum	Beginn	Geplante Inhalte
6	08.07.2025 (Di.)	09:30 Uhr	Gegensachverständiger r Maschinenbewertung (falls bestellt)
7	10.07.2025 (Do.)	09:30 Uhr	Schriftverständiger Anlage B14 (falls bestellt)
8	15.07.2025 (Di.)	09:30 Uhr	Weitere Zeugen; Urkundenbeweis
9	17.07.2025 (Do.)	09:30 Uhr	Urkundenbeweis, Bewe- isantragsbehandlung
10	22.07.2025 (Di.)	09:30 Uhr	Schlussvorträge (StA, Nebenklage, Verteidigung, letzte Worte Angeklagter)
11	23.07.2025 (Mi.)	09:30 Uhr	Urteilsverkündung (Reservetag)

*HV-Termine provisorisch gemäß Mitteilung LG Frankfurt an Verfahrensbeteiligte vom 30.04.2025.
Änderungen vorbehalten.*

Kritische Fristen — Gesamtübersicht

Mai 2025

Datum	Frist	Erledigt
22.05.2025	Gegenvorschlag § 257c StPO an OStA Wallisch	■
23.05.2025	Ablauf Frist Verständigungsangebot StA	—
25.05.2025	Beauftragung Gegensachverständiger Schriftvergleich (Anlage B14)	■
26.05.2025	Sicherheitsleistung (Bankbürgschaft 500.000 EUR) für § 116 StPO	■
28.05.2025	Akteneinsicht in digitale Asservate (Kreditkartenauszüge, Outlook-Daten Bankert) beantragen	■
30.05.2025	Zweiter Haftbesuch JVA Frankfurt I	■

Juni 2025

Datum	Frist	Erledigt
02.06.2025	Interne Strategiekonferenz (Folgekonferenz)	■

Datum	Frist	Erledigt
05.06.2025	Kontaktaufnahme RA Krämer (Adäsionsvergleich)	■
09.06.2025	Beweisantragsschriften an LG Frankfurt einreichen	■
10.06.2025	Gegengutachten Maschinenbewertung (Beauftragung abgeschlossen)	■
16.06.2025	Einlassung Bankert (Entwurf) final abstimmen	■
20.06.2025	Zeugenliste und Fragen Pollmann / Kohlrausch finalisieren	■
23.06.2025	**HV-Beginn — 14. Gr. WiStK LG Frankfurt**	—

Prozessuale Besonderheiten / Hinweise

Revisionssicherung

Alle wesentlichen Antragstellungen müssen protokolliert und in der HV zu Protokoll gegeben werden. Dr. Marx führt ein eigenes HV-Protokoll (Diktat nach jedem Verhandlungstag). Beweisanträge werden schriftlich eingereicht und zusätzlich mündlich in der HV gestellt.

§ 257c StPO — Verständigungsdokumentation

Falls eine Verständigung zustande kommt, ist folgendes zu dokumentieren:

- Antrag der Verteidigung oder Initiative des Gerichts (§ 257c Abs. 1 StPO),
- Erörterung in Anwesenheit des Angeklagten (§ 257c Abs. 3 S. 4 StPO),
- Belehrung des Angeklagten über Inhalt und Folgen (§ 257c Abs. 5 StPO),
- Protokollierung (§ 273 Abs. 1a StPO).

Fehler in der Verständigungsdokumentation führen nach der BGH-Rechtsprechung regelmäßig zur Revisibilität des Urteils (BGH, Urteil vom 28.10.2015 — 1 StR 330/15; BGH, Urteil vom 19.08.2015 — 1 StR 178/15).

Nebenklage

Termine und Schriftsätze sind auch dem Nebenklägervertreter (RA Krämer) zuzustellen. Fristen nach der ZPO-Analogie (§ 396 Abs. 2 StPO i.V.m. § 273 ZPO) sind zu beachten.

HV-Beginn — Checkliste

Vor dem ersten HV-Tag (23.06.2025) sicherstellen:

- [] Vollmacht aktuell und bei Gericht hinterlegt
- [] Einlassung Bankert abgestimmt (oder Schweigen angekündigt)
- [] Alle Beweisanträge vorbereitet und ausgedruckt (3-fach: Gericht, StA, eigene Akte)
- [] Adäsionsantrag — eigene Stellungnahme vorbereitet

- [] Unterlagen Anlage B14 Gegengutachten vorhanden
- [] Bankerts Verständigungsentscheidung schriftlich dokumentiert

Gesetzliche Fristen (allgemein)

Rechtsmittel / Antrag	Frist	Fundstelle
Revision nach Urteilsverkündung	1 Woche ab Urteilsverkündung	§ 341 StPO
Revisionsbegründung	1 Monat ab Zustellung Urteil (schriftlich)	§ 345 StPO
Berufung (Schöffengericht)	— (hier nicht einschlägig)	—
Sofortige Beschwerde (z.B. Haftentscheidungen)	1 Woche	§ 311 StPO
Haftprüfungsantrag nach Ablehnung	jederzeit	§ 117 Abs. 3 StPO

Dr. Friederike Marx — Marx Strafverteidigung Frankfurt — Az. 5/28 KLS 122/25

Stand: 12.05.2025 — Fortlaufend zu aktualisieren

E-Mails

Datei: eml/01_marx_an_sta_akteneinsicht_25032025.eml

Von	"Dr. Friederike Marx" <marx@marx-strafverteidigung.de>
An	"Dr. Henning Wallisch" <wallisch@sta-frankfurt.de>
Datum	Tue, 25 Mar 2025 14:22:07 +0100
Betreff	Akteneinsichts Antrag gemäß § 147 StPO — Az. 5400 Js 14782/24

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Dr. Wallisch,

ich zeige an, dass ich die Strafverteidigung des Beschuldigten Daniel Albert Bankert im Verfahren Az. 5400 Js 14782/24 übernommen habe.

Mit dem anliegenden Schriftsatz beantrage ich vollständige Akteneinsicht gemäß § 147 Abs. 1 StPO. Mein Mandant befindet sich seit dem 17.03.2025 in Untersuchungshaft. Die Dringlichkeit der Akteneinsicht ergibt sich daraus, dass die Haftprüfung gemäß § 117 StPO vorzubereiten ist.

Ich bitte um Empfangsbestätigung und Mitteilung, bis wann die Akten zur Verfügung gestellt werden können.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx
Fachanwältin für Strafrecht
Marx Strafverteidigung Frankfurt
Bockenheimer Landstraße 84 · 60323 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 44 55 66 70 · marx@marx-strafverteidigung.de

VERTRAULICH — Diese E-Mail enthält rechtlich geschützte Informationen.

Datei: eml/02_sta_an_marx_akteneinsicht_01042025.eml

Von	"Dr. Henning Wallisch" <wallisch@sta-frankfurt.de>
An	"Dr. Friederike Marx" <marx@marx-strafverteidigung.de>
Datum	Tue, 01 Apr 2025 10:05:33 +0200
Betreff	AW: Akteneinsichts Antrag gemäß § 147 StPO — Az. 5400 Js 14782/24

Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Marx,

ich bestätige den Eingang Ihres Akteneinsichts-Antrags vom 25. März 2025.

Die Akteneinsicht wird vollständig gewährt. Ich übermittle Ihnen heute die 14 Bände der Ermittlungsakte (digitale Form, PDF) über den gesicherten Download-Link der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main. Zugangsdaten folgen in einer separaten E-Mail (verschlüsselt).

Hinweis: Die bei der Durchsuchung vom 11.03.2025 sichergestellten Datenträger (Az. AG Frankfurt 942 Gs 2847/25) unterliegen der richterlichen Siegelung und sind derzeit nicht Gegenstand der Akteneinsicht. Eine richterliche Entscheidung

über die Beschlagnahmefähigkeit steht noch aus.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Henning Wallisch
Oberstaatsanwalt
Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main
Abt. Wirtschaftskriminalität
Tel.: 069 / 1367-4812

Datei: eml/03_marx_an_kanzleirezeption_08052025.eml

Von	"Dr. Friederike Marx" <marx@marx-strafverteidigung.de>
An	Kanzlei-Empfang <empfang@marx-strafverteidigung.de>
Datum	Thu, 08 May 2025 16:44:18 +0200
Betreff	Wichtig — Mandantensache Bankert — Medienanfragen und Termine

Liebe Rezeption,

zur Sache Bankert (Az. 5/28 KLS 122/25) bitte ich um folgendes:

1. MEDIENANFRAGEN: Alle telefonischen und schriftlichen Anfragen von Journalisten oder sonstigen Dritten zu dieser Sache sind ausnahmslos an mich weiterzuleiten. Keine eigenen Auskünfte geben. Formulierung: "Wir geben zu laufenden Mandaten keine Auskunft."
2. TERMINPLANUNG: Bitte reservieren Sie Montag, 19.05.2025, 09:00-13:00 Uhr komplett für die Sache Bankert (Haftbesuch JVA Frankfurt I, 10:00 Uhr). Alle anderen Termine an diesem Vormittag absagen oder verschieben.
3. POSTEINGANG: Alle eingehenden Schreiben zur Sache (Absender: LG Frankfurt, StA Frankfurt, RA Krämer / Krämer Hauck) sofort einscannen und mir per E-Mail weiterleiten — auch wenn ich nicht in der Kanzlei bin.
4. FRISTEN: Bitte tragen Sie in den Kanzleikalender ein:
 - 22.05.2025: Gegenvorschlag Verständigung an StA (KRITISCH)
 - 23.06.2025: Hauptverhandlungsbeginn LG Frankfurt

Danke vielmals und bei Rückfragen einfach melden.

Dr. Friederike Marx

Datei: eml/04_sta_an_marx_haftbeschwerde_12052025.eml

Von	"Dr. Henning Wallisch" <wallisch@sta-frankfurt.de>
An	"Dr. Friederike Marx" <marx@marx-strafverteidigung.de>
Datum	Mon, 12 May 2025 09:31:52 +0200
Betreff	Az. 5400 Js 14782/24 — Stellungnahme StA zur Haftbeschwerde vom 09.05.2025

Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Marx,

zu Ihrer Haftbeschwerde vom 09. Mai 2025 (Az. 5/28 KLS 122/25) teile ich mit, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main der Haftbeschwerde entgegentritt

und beantragt, den Haftbefehl aufrechtzuerhalten.

Begründung:

1. Die in der Beschwerde angeführten Argumente zur Anbindung des Beschuldigten in Frankfurt am Main wurden bereits bei Erlass des Haftbefehls berücksichtigt und vermögen die Fluchtgefahr nicht zu entkräften.
2. Die Ehefrau des Beschuldigten lebt dauerhaft in Zürich. Der Beschuldigte verfügt über erhebliche Auslandsvermögen in Liechtenstein und Luxemburg, auf die er nach derzeitigem Ermittlungsstand noch Zugriff hat. Das laufende Rechtshilfeersuchen nach Liechtenstein hat bislang keine Einfrierungsbestätigung erbracht.
3. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens sind für die Haftentscheidung nicht maßgeblich; sie begründen keinen Haftentlassungsgrund nach § 112 oder § 116 StPO.
4. Die Staatsanwaltschaft weist darauf hin, dass der Haftbefehl auch auf den hilfweisen Haftgrund der Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO) gestützt werden kann, solange Ermittlungen zu Dritten (Geweke, Bestechungsempfänger) noch nicht vollständig abgeschlossen sind.

Die Staatsanwaltschaft regt an, eine Außervollzugsetzung gemäß § 116 StPO nur bei Vorlage einer Bankbürgschaft in Höhe von mindestens 500.000 EUR, verbunden mit Passabgabe und wöchentlicher Meldepflicht, in Betracht zu ziehen.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Henning Wallisch
Oberstaatsanwalt
Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Excel-Tabellen

Datei: xlsx/schadenstabelle_betrug_tatkomplex.xlsx

Tabellenblatt: Schadenstabelle Betrug

	Schadenstabelle Betrug — § 263 Abs. 3 StGB							
	Sache: LG Frankfurt 5/28 KLS 122/25 — Angeklagter: Daniel Albert Bankert							
	Erstellt: Marx Strafverteidigung Frankfurt — Stand: 27.04.2025							
	#	Gruppe	Vertragsbezeichnung	Lieferdatum	Kaufpreis (EUR)	Schaden lt. Anklage (EUR)	Schaden lt. Verteidigung (EUR)	Differenz (EUR)
	1	A	Schweißroboter SR-200 (1)	15.03.2019	185000	92000	58000	
	2	A	Schweißroboter SR-200 (2)	28.06.2019	192000	96000	61000	
	3	A	Schweißroboter SR-300 Upgrade	12.11.2019	143000	72000	40000	
	4	B	Montageautomat MA-450 (1)	15.02.2020	248000	124000	85000	
	5	B	Montageautomat MA-450 (2)	30.05.2020	265000	133000	90000	
	6	B	Montageautomat MA-600	18.09.2020	312000	156000	110000	

	7	B	Zufuehrein heit ZE-100	20.11.202 0	95000	47000	30000	
	8	C	Pruefauto mat PA-200 (1)	10.01.202 1	278000	139000	95000	
	9	C	Pruefauto mat PA-200 (2)	22.04.202 1	291000	146000	98000	
	10	C	Pruefauto mat PA-350	15.07.202 1	325000	163000	115000	
	11	C	Messzelle MZ-50	30.10.202 1	206000	103000	72000	
	12	D	Foerdertec hnik FT-600 (1)	20.02.202 2	348000	174000	125000	
	13	D	Foerdertec hnik FT-600 (2)	15.06.202 2	362000	181000	130000	
	14	D	Foerdertec hnik FT-800	28.11.202 2	490000	245000	175000	
		GESAMT						
	Hinweise:							
	• Schaden lt. Anklage: Differenz Kaufpreis ./. Gutachten Tremblay & Partner (Bd. XI)							
	• Schaden lt. Verteidi gung: geschätzt auf Basis Remanufa ctured-Mar ktpreise; G egengutac hten beauftragt							

• Gruppe A: Verteidigung bestreitet Schaden vollständig (Maschinen liefen störungsfrei bis 2023)							
• Az.: 5/28 KLS 122/25 / 5400 Js 14782/24 — Marx Strafverteidigung Frankfurt							

Datei: xlsx/steuerhinterziehung_berechnung_vz2019_2022.xlsx

Tabellenblatt: Steuerhinterziehung VZ 2019-2022

Steuerhinterziehung § 370 AO — Betragsberechnung							
Sache: LG Frankfurt 5/28 KLS 122/25 — Bankert Industrieautomation GmbH							
Erstellt: Marx Strafverteidigung Frankfurt / Dipl.-Kfm. O. Strenger — Stand: 27.04.2025							
Veranlagungszeitraum	KSt+SolZ (Anklage)	GewSt (Anklage)	USt (Anklage)	Gesamt (Anklage)	Gesamt (Verteidigung)	Differenz	
2019	98000	32000	55000		120000		
2020	145000	48000	80000		195000		
2021	182000	62000	110000		260000		
2022	135000	48000	105000		200000		
GESAMT							

Tabellenblatt: Strafrahmenanalyse

	Strafrahmenanalyse § 370 Abs. 3 AO — Besonders schwerer Fall				
	Schwellenwert besonders schwerer Fall	50.000 EUR je Tat (Veranlagungsjahr)			
	Veranlagungsjahr	Gesamt StA (EUR)	Gesamt Verteidigung (EUR)	Besonders schwerer Fall (StA)	Besonders schwerer Fall (Verteidigung)
	2019	185000	120000	JA (> 50.000 EUR)	JA (> 50.000 EUR)
	2020	273000	195000	JA (> 50.000 EUR)	JA (> 50.000 EUR)
	2021	354000	260000	JA (> 50.000 EUR)	JA (> 50.000 EUR)
	2022	288000	200000	JA (> 50.000 EUR)	JA (> 50.000 EUR)

Word-Dokumente

Datei: docx/akteneinsichtsantrag_marx_147_stpo.docx

ANTRAG AUF AKTENEINSICHT

gemäß § 147 StPO

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer
Landstraße 84, 60323 Frankfurt am Main Tel.: 069 / 44 55 66 70 · marx@marx-strafverteidigung.de

An: Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Abt. Wirtschaftskriminalität z.Hd. OStA Dr. Henning Wallisch
Konrad-Adenauer-Straße 20, 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, 25. März 2025

Az. StA: 5400 Js 14782/24

Antrag auf vollständige Akteneinsicht

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Dr. Wallisch,

ich zeige an, dass ich die Strafverteidigung des Beschuldigten Daniel Albert Bankert in dem o.g. Verfahren übernommen habe. Eine Kopie der Vollmacht liegt diesem Schreiben als Anlage 1 bei.

I. Antragsinhalt

Ich beantrage gemäß § 147 Abs. 1 StPO Einsicht in sämtliche Akten, die dem Gericht vorliegen oder im Falle der Anklageerhebung vorzulegen sein werden, einschließlich der Beiakten, Asservaten-Verzeichnisse und sichergestellten Datenträger. Dies umfasst ausdrücklich:

Alle Ermittlungsberichte und Vernehmungsprotokolle (Beschuldigte, Zeugen, Sachverständige),

Alle Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokolle sowie Verzeichnisse der sichergestellten Gegenstände,

Sämtliche Sachverständigengutachten und Zwischengutachten,

Alle behördlichen Schreiben, Telefonüberwachungsprotokolle und richterliche Anordnungen,

Steuerfahndungsberichte und Kommunikation mit Finanzbehörden,

Alle Beiakten aus Rechtshilfeersuchen (Liechtenstein, Luxemburg, Schweiz).

II. Begründung

Mein Mandant befindet sich seit dem 17.03.2025 in Untersuchungshaft. Die Prüfung der Haftvoraussetzungen sowie die Vorbereitung einer Haftbeschwerde gemäß §§ 304, 117 StPO setzen voraus, dass die Verteidigung vollständige Kenntnis des Aktenstands hat. Gemäß der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist das Recht auf Akteneinsicht ein wesentlicher Bestandteil des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) und des fairen Verfahrens (Art. 6 Abs. 3 lit. b EMRK).

Eine Beschränkung der Akteneinsicht gemäß § 147 Abs. 2 StPO kommt nach dem derzeitigen Verfahrensstand nicht in Betracht. Das Ermittlungsverfahren ist abgeschlossen; der Beschuldigte befindet sich in Untersuchungshaft. Gründe für eine Versagung der Akteneinsicht sind weder vorgetragen noch ersichtlich.

III. Modalitäten

Ich bitte um Übersendung der Akten in digitaler Form (PDF-Dateien auf Datenträger) an die Kanzleiinschrift. Das anfallende Kopierentgelt wird übernommen. Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Marx Strafverteidigung Frankfurt

Anlage 1: Vollmacht Daniel Albert Bankert vom 20.03.2025 Anlage 2: Bestätigungsschreiben Kanzlei über Mandatsannahme

Datei: docx/haftbeschwerde_304_stpo_bankert.docx

HAFTBESCHWERDE

gemäß §§ 304 Abs. 1, 117 StPO

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer Landstraße 84, 60323 Frankfurt am Main

An: Landgericht Frankfurt am Main — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer — Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, 09. Mai 2025

Az.: 5/28 KLS 122/25

Namens und im Auftrag meines Mandanten Daniel Albert Bankert, geboren am 14.03.1979, derzeit in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I, Haftraum C 3.12,

lege ich hiermit HAFTBESCHWERDE ein

und beantrage:

den Haftbefehl vom 14. März 2025 aufzuheben und die sofortige Entlassung meines Mandanten aus der Untersuchungshaft anzuordnen;

hilfsweise: den Haftbefehl gemäß § 116 StPO außer Vollzug zu setzen und den Vollzug durch mildere Mittel (Meldeauflage, Sicherheitsleistung, Passabgabe) zu ersetzen.

A. Kein Haftgrund Fluchtgefahr

Fluchtgefahr im Sinne des § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO ist nur anzunehmen, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen bei Würdigung der Umstände des Einzelfalls der begründete Verdacht besteht, dass sich der Beschuldigte dem Verfahren entziehen werde. Eine abstrakte Möglichkeit genügt nicht. Mein Mandant ist seit Jahren in Frankfurt verwurzelt: Er führt die Bankert Industrieautomation GmbH seit 2009 in Frankfurt; sein Hauptwohnsitz ist Frankfurt am Main (Westendstraße 112); er unterhält langjährige Geschäftsbeziehungen und familiäre Bindungen in Deutschland (zwei Kinder aus erster Ehe, Frankfurt).

B. Unverhältnismäßigkeit der U-Haft

Mein Mandant befindet sich seit 8 Wochen in Haft. Die Hauptverhandlung beginnt in 6 Wochen. Die andauernde Untersuchungshaft bedroht die Bankert Industrieautomation GmbH mit der Insolvenz (23 Arbeitsplätze). Als mildere Mittel (§ 116 Abs. 1 StPO) werden angeboten: Passabgabe, wöchentliche Meldepflicht, Sicherheitsleistung 500.000 EUR, Kontaktverbot zu Zeugen Pollmann und Kohlrausch.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Marx Strafverteidigung Frankfurt

Anlage 1: Nachweis Wohnsitz Frankfurt am Main (Meldebestätigung) Anlage 2: Nachweis Mitgliedschaft Rotary Club Frankfurt Sachsenhausen Anlage 3: Schreiben Commerzbank Frankfurt 28.04.2025 (Kreditkündigung) Anlage 4: Vollmacht vom 20.03.2025

Datei: docx/schriftsatz_widerspruch_mandatsdaten_97_148_stpo.docx

SCHRIFTSATZ

Widerspruch gegen Sicherstellung von Mandatsdaten gemäß §§ 98 Abs. 2, 97 Abs. 1, 148 StPO

Marx Strafverteidigung Frankfurt Dr. Friederike Marx, Fachanwältin für Strafrecht Bockenheimer Landstraße 84, 60323 Frankfurt am Main

An: Amtsgericht Frankfurt am Main — Ermittlungsrichterin Dr. Carolin Mayer — Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, 12. März 2025

Az. AG: 942 Gs 2847/25 · Az. StA: 5400 Js 14782/24

Sehr geehrte Frau Richterin Dr. Mayer,

ich erhebe fristwährend Widerspruch nach § 98 Abs. 2 StPO gegen die bei der Durchsuchung meiner Kanzleiräume am 11. März 2025 vorgenommene Sicherstellung der Gegenstände Asservatennr. 2025/03/11-001 bis -006 und beantrage deren sofortige Rückgabe, hilfsweise richterliche Siegelung bis zur Entscheidung über die Beschlagnahmefähigkeit.

A. Beschlagnahmeverbot gemäß § 97 Abs. 1 StPO

Gemäß § 97 Abs. 1 Nr. 1 StPO unterliegen schriftliche Mitteilungen zwischen dem Beschuldigten und Personen, die als Zeugen das Zeugnis verweigern dürfen, dem Beschlagnahmeverbot. Als Verteidigerin des Beschuldigten Bankert bin ich gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 2 StPO zeugnisverweigerungsberechtigt. Die in den sichergestellten Gegenständen enthaltenen Unterlagen fallen daher in den Schutzbereich des § 97 Abs. 1 Nr. 1 StPO.

Das Beschlagnahmeverbot entfällt nach § 97 Abs. 2 S. 1 StPO nur dann, wenn die in Abs. 1 bezeichneten Personen einer Beteiligung an der Straftat oder einer Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei verdächtig sind. Ein solcher Verdacht gegenüber meiner Person besteht nicht.

B. Verfassungsrechtlicher Schutz der Verteidigerkommunikation

Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung den besonderen Schutz der anwaltlichen Verteidigerkommunikation betont. Die Beschlagnahme von Verteidigungsunterlagen stellt einen schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6 Abs. 3 lit. c EMRK, Art. 103 Abs. 1 GG) sowie in die Berufsfreiheit der Verteidigerin (Art. 12 Abs. 1 GG) dar (BVerfG, Beschluss vom 30.04.2007 — 2 BvR 2151/06).

C. Digitale Datenträger — Drittmandanten

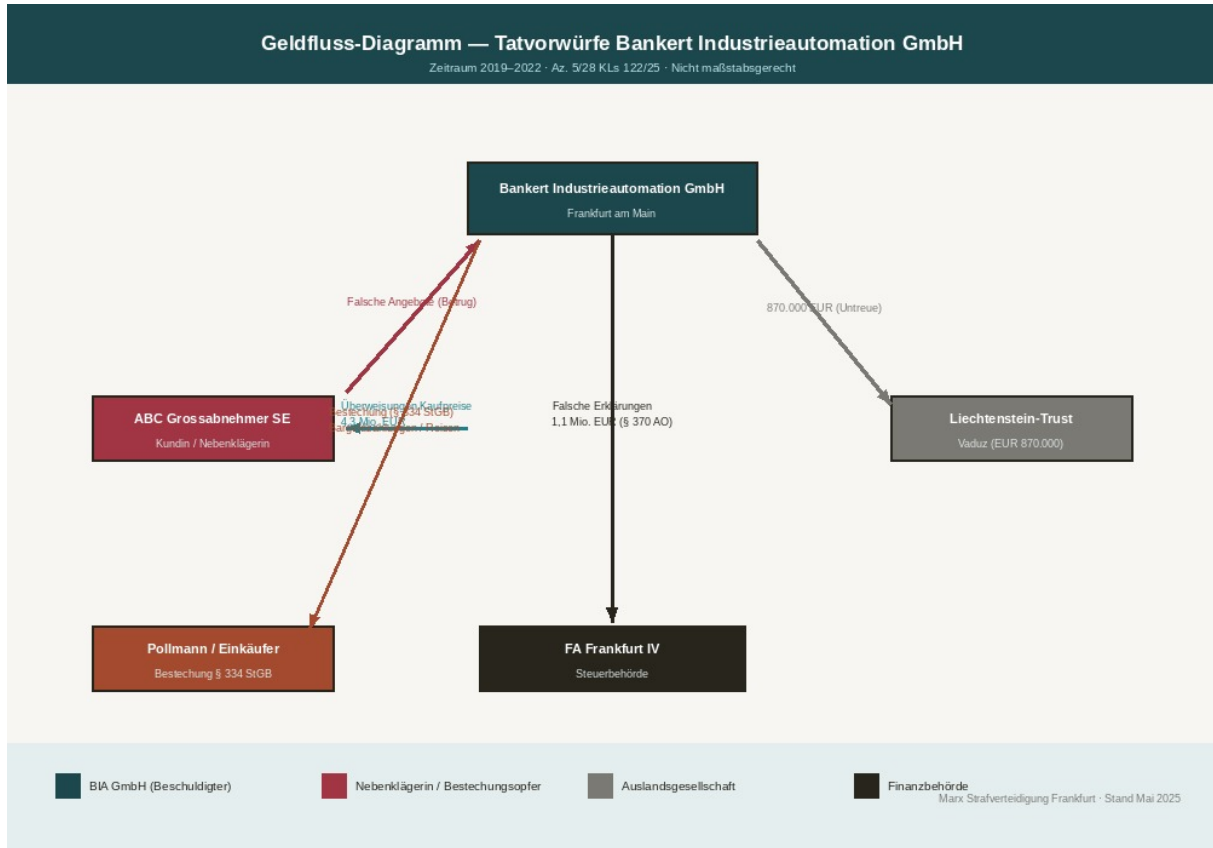
Die sichergestellten digitalen Datenträger enthalten neben den Mandatsdaten Bankert auch Daten aus anderen laufenden Strafverteidigungsmandaten, die mit diesem Verfahren keinerlei Zusammenhang haben. Die Auswertung dieser Daten würde die Grundrechte Dutzender anderer Mandanten (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) verletzen. Ich beantrage mindestens die Beauftragung eines unabhängigen richterlichen Sachverständigen zur Extraktion ausschließlich verfahrensrelevanter Daten.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Friederike Marx Fachanwältin für Strafrecht Marx Strafverteidigung Frankfurt

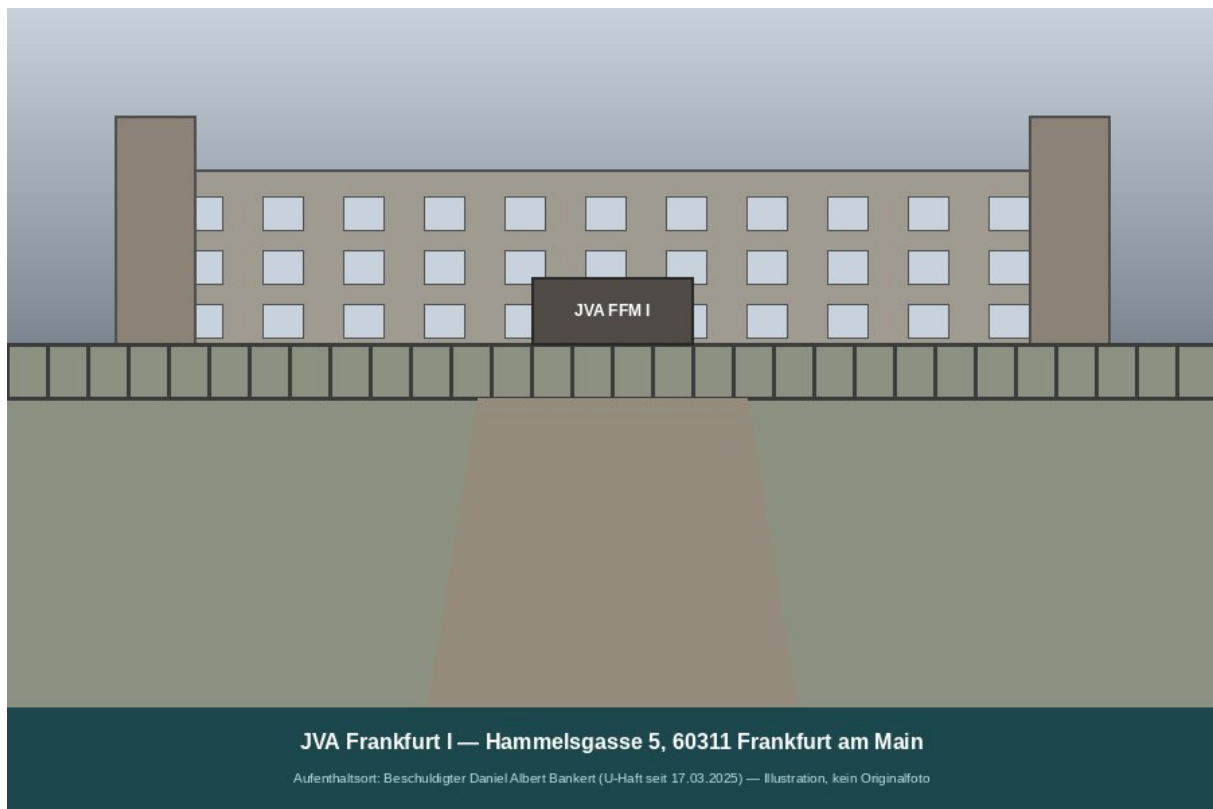
Bildanlagen und Screenshots

Datei: jpg/geldfluss_diagramm_bankert_tatkomplexe.jpg



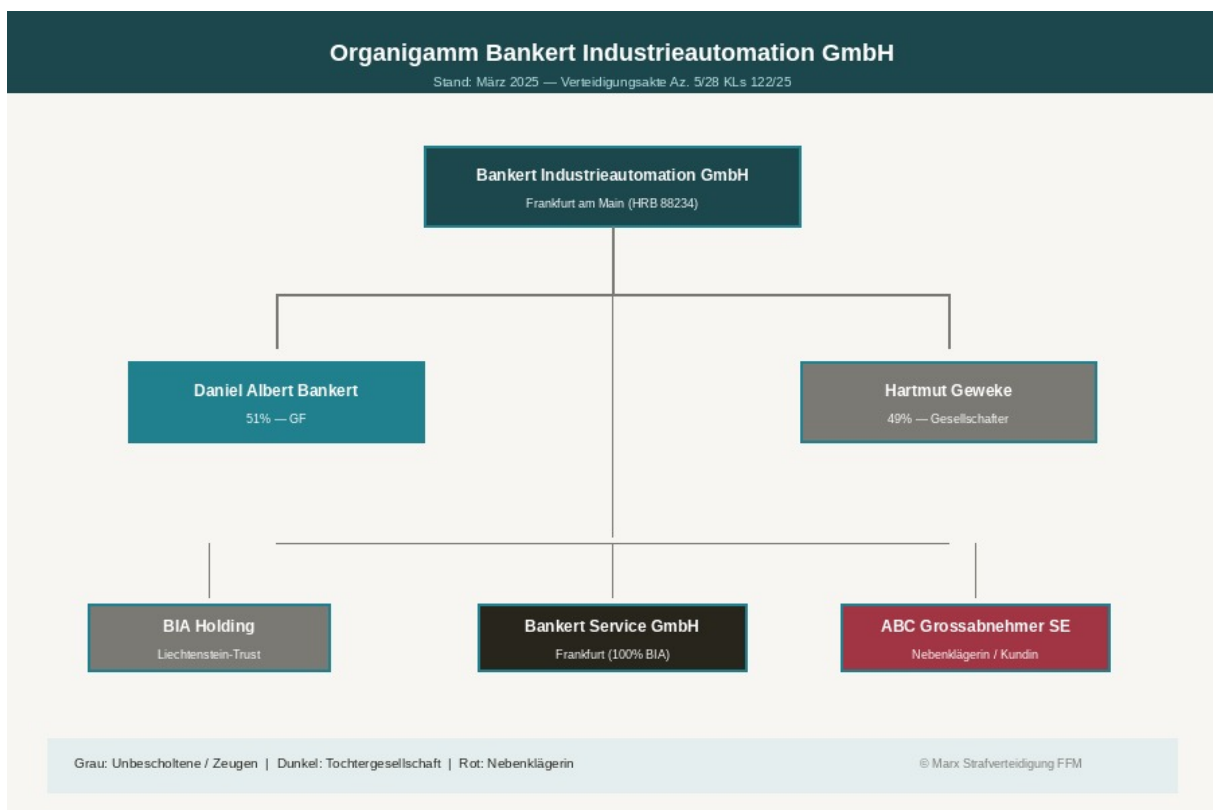
Bilddatei: geldfluss_diagramm_bankert_tatkomplexe.jpg

Datei: jpg/jva_frankfurt_i_aussenansicht_illustration.jpg



Bilddatei: jva_frankfurt_i_aussenansicht_illustration.jpg

Datei: jpg/organigramm_bankert_industrieautomation.jpg



Bilddatei: organigramm_bankert_industrieautomation.jpg

PDF-Anhang: pdfs/haftbefehl_auszug_redigiert_lg_frankfurt.pdf

Datei: haftbefehl_auszug_redigiert_lg_frankfurt.pdf

LANDGERICHT FRANKFURT AM MAIN

14. Große Wirtschaftsstrafkammer

HAFTBEFEHL — AUSZUG (REDIGIERT)

Az.: 5/28 KLS 122/25 · StA-Az.: 5400 Js 14782/24

Erlassen am:	14. März 2025
Vorsitzende:	Dr. Susanne Keller-Vogt, RiLG
Beschuldigter:	Daniel Albert Bankert, geb. 14.03.1979
Aufenthaltort:	JVA Frankfurt I (seit 17.03.2025)
Haftgrund:	Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO)

I. Tatvorwürfe

Der Beschuldigte ist dringend verdächtig, in den Jahren 2019 bis 2022 als Geschäftsführer der Bankert Industrieautomation GmbH in **14 Fällen** gewerbsmäßigen Betrug (§ 263 Abs. 3 StGB, Schaden ca. 4.300.000 EUR), Untreue (§ 266 StGB, ca. 870.000 EUR), Bestechung (§ 334 StGB, drei Fälle) und Steuerhinterziehung (§ 370 AO, ca. 1.100.000 EUR) begangen zu haben.

II. Haftgründe (Auszug)

Fluchtgefahr: Der Beschuldigte unterhält eine eheliche Lebensgemeinschaft in der Schweiz und verfügt über Auslandsvermögen in Liechtenstein und Luxemburg (ca. **■■■■■■■■■■** EUR [geschwärzt]), die dem deutschen Vollstreckungszugriff derzeit nicht unterliegen. Die erhebliche Straferwartung (bis 10 Jahre nach § 263 Abs. 3 StGB) erhöht den Fluchtanreiz.

III. Vollzug

Der Haftbefehl ist zu vollziehen. Der Beschuldigte ist einzuliefern in die **JVA Frankfurt I, Hammels-gasse 5, 60311 Frankfurt am Main**.

PDF-Anhang: pdfs/pressemitteilung_sta_frankfurt_17032025_redigiert.

Datei: pressemitteilung_sta_frankfurt_17032025_redigiert.pdf

STAATSANWALTSCHAFT FRANKFURT AM MAIN

Pressemitteilung Nr. 12/2025

Anklage und Untersuchungshaft wegen gewerbsmäßigen Betrugs, Untreue, Bestechung und Steuerhinterziehung

Frankfurt am Main, 17. März 2025

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main teilt mit:

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat das Landgericht Frankfurt am Main — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer — am 14. März 2025 einen Haftbefehl gegen einen **46-jährigen Geschäftsführer eines Frankfurter Unternehmens der Investitionsgüterbranche** erlassen. Der Beschuldigte befindet sich seit dem 17. März 2025 in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I.

[Name und Firmenbezeichnung — auf richterliche Anordnung geschwärzt — redigierte Fassung]

Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, im Zeitraum von 2019 bis 2022 in **14 Fällen** durch falsche Angaben zu technischen Eigenschaften von Industriemaschinen einen Großabnehmer getäuscht und dabei einen Schaden von insgesamt ca. **■■■■■■■■■■ EUR** verursacht zu haben (§ 263 Abs. 3 StGB). Darüber hinaus besteht der Verdacht der Untreue (§ 266 StGB), der Bestechung dreier Einkäufer (§ 334 StGB) sowie der Steuerhinterziehung (§ 370 AO) in erheblichem Umfang.

Die Ermittlungen wurden von der Abteilung Wirtschaftskriminalität der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main gemeinsam mit dem LKA Hessen und der Steuerfahndung Frankfurt geführt.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass der Beschuldigte unschuldig ist, bis seine Schuld rechtskräftig festgestellt wird (Unschuldsvermutung). Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Rückfragen: Pressestelle Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main · Tel. 069 / 1367-5500 · Mo–Fr 9–17 Uhr

[Redigierte Verteidigungskopie — Marx Strafverteidigung Frankfurt · Az. 5/28 KLS 122/25]